

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 15. Juni 1979 13. Jahrgang 1 DM

17. Juni — Provokation in Frankfurt:

Verhindert den Nazi-Aufmarsch!

Am 16. Juni will die faschistische NPD ihr „Deutschland-Treffen“ in Frankfurt abhalten. Es ist nicht das erste Mal, daß am Vorabend des reaktionären 17.-Juni-Gedenkfeiertages diejenigen auftreten, die Kriegshetze, Rassismus und die Vernichtung der kommunistischen und Arbeiterbewegung predigen.

Schon einmal, vor einem Jahr, mußte der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann nach zweistündigen Demonstrationen von 5000 Antifaschisten die Nazi-Kundgebung verbieten. Nichtsdestotrotz ist in diesem Jahr das „Deutschland-Treffen“ gerichtlich ausdrücklich erlaubt worden.

Das ist eine Demonstration des Staates, ein Signal für die Faschisten, aus ihren Löchern getrost hervorzukriechen! Dieses Signal wird ganz bewußt in einer Zeit gegeben, in der soeben mit Carstens und Stücklen zwei Reaktionäre in die höchsten Ämter des Bonner Staates aufgestiegen sind und — für alle sichtbar — ein F. J. Strauß nach der Macht greift.

Aber sie sollen sich verrechnen. Der Widerstand in unserem Volk gegen Neonazis, Strauß und Faschismus ist so groß wie nie zuvor. Die Diskussion über „Holocaust“, die skandalösen Freisprüche im Majdanek-Prozess und die gerichtlichen Verfolgungen von Antifaschisten haben überall Empörung hervorgerufen und die Bildung und das Erstarken antifaschistischer Initiativen be-



Polizeieinsatz gegen Anti-NPD-Demonstranten am 17. Juni 1978 in Frankfurt.

wirkt, die auf ihre Fahnen geschrieben haben: „Nie wieder Faschismus!“

Wenn Wallmann und Co. bereits eine Woche vorher Tausende von Polizisten zusammenziehen und sogar den Einsatz von Bundesgrenzschutzeinheiten androhen, dann werden sie sich darauf einstellen müssen, daß diese Drohungen den Widerstand gegen die faschistische Provokation nicht brechen können. Täglich wächst die Zahl der

Proteste, und erstmalig wurde auch der DGB von seinen Mitgliedern zu einer Protestkundgebung gegen das „Deutschland-Treffen“ gedrängt.

Viele Antifaschisten fordern, das NPD-Treffen an Ort und Stelle zu verhindern. Die KPD/ML unterstützt diese Forderung und ruft alle Antifaschisten und Demokraten auf: Kommt am 16. 6. zur Kundgebung des DGB! Tretet der faschistischen Provokation entgegen!

In Nikaragua wackelt die Somoza-Diktatur

Das Terrorregime des Diktators Somoza in Nikaragua ist durch die neue Offensive der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) schwer in Bedrängnis geraten. Die Guerilleros der Befreiungsfront konnten am Wochenende ihren Vormarsch weiter fortsetzen. Die Patrioten beherrschen inzwischen bedeutende Teile des Landes. Acht Städte, darunter auch Leon, die zweitgrößte Stadt Nikaraguas, befinden sich unter ihrer Kontrolle.

Auch aus der Hauptstadt Managua und von der unmittelbaren Umgebung des Hauptquartiers der faschistischen Machthaber werden heftige und andauernde Kämpfe gemeldet. Trotz des verhängten Belage-

rungszustandes und der ständigen Streifen der Nationalgarde attackierten die patriotischen Guerrilleros durch überraschende Feuerüberfälle in Managua immer wieder die Truppen der Nationalgarde.

Die Truppen der Nationalgarde versuchen das Somoza-Regime mit hemmungslosem Terror vor seinem Sturz zu bewahren. Dabei setzen sie auch Napalmbomben gegen die Zivilbevölkerung ein. Dennoch konnten die revolutionären Kräfte ihre Positionen behaupten und ausbauen. Der Sender der Befreiungsfront, Radio Sandino, erklärte, der Kampf werde bis zum Sturz des Somoza-Regimes weitergeführt.

Niedrige Wahlbeteiligung

Keine Begeisterung für Europa der Monopole

An den ersten Wahlen zum sogenannten Europa-Parlament haben sich insgesamt nur etwa 60 Prozent der Wahlberechtigten in den EG-Ländern beteiligt. Diese schwache Wahlbeteiligung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß bedeutende Teile der werktätigen Bevölkerung in den EG-Ländern den reaktionären und ausbeuterischen Charakter der „Europäischen Gemeinschaft“ durchschauen und daß viele Menschen nicht bereit waren, durch ihre Beteiligung an der Wahl dem Europa der Monopole und der multinationalen Konzerne eine demokratische Legitimation zu verleihen.

In Britannien, Dänemark und Irland trat nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten den Gang zur Urne an. In Britannien lag die Wahlbeteiligung bei nur 30 Prozent. Hier sind weitgehend nur die Anhänger der offenen Kapitalistenpartei von Margaret Thatcher zur Urne gegangen. Fast die gesamte britische Arbeiter-

schaft hat hingegen die Wahl boykottiert. In Dänemark erreichte eine Partei die größte Stimmenzahl, die auf einem Anti-EG-Programm kandidierte und den Austritt Dänemarks aus der EG forderte.

In der Bundesrepublik lag die Wahlbeteiligung bei ca. 65 Prozent und blieb damit weit hinter der Beteiligung bei den letzten Bundestagswahlen zurück. Daß die CDU/CSU der SPD eine klare Schlappe beibringen konnte, hängt damit zusammen, daß auch in der Bundesrepublik unter den Arbeitern und der Jugend das Mißtrauen gegenüber dem Euro-Wahlschwindel relativ stark ist. Die Grüne Liste, die fast 3 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte, hat durch ihre Kandidatur verhindert, daß die Wahlbeteiligung noch geringer ausfiel. Auch die Tatsache, daß in Rheinland-Pfalz und im Saarland gleichzeitig Kommunalwahlen durchgeführt wurden, sorgte für eine Aufbesserung der Wahlbeteiligung im Bundesdurchschnitt.

Johannes Paul II. in Polen

„Untergründige Langzeitwirkungen“

Neun Tage lang durchreiste der römisch-katholische Papst Johannes Paul II. alias Wojtyla das revisionistische Polen. Die Papstreise erwies sich als ein Bestandteil der Bestrebungen der westlichen Imperialisten, weiter in den sozialimperialistischen Einflußbereich einzudringen.

Johannes Paul II. ist ein besonders reaktionäres Exemplar seiner Gattung. In frischer Erinnerung ist uns noch seine Mexikoreise, wo er in dreister Offenheit gegen die Freiheitsbestrebungen der lateinamerikanischen Völker stachelte und den katholischen Klerus auf die Bellage der amerikanischen Imperialisten einzuschwören suchte.

In Polen nun bestand die Aufgabe des Papstes vor allem darin, dem westlichen Imperialismus das Terrain zu sondieren und zu bereiten. Wojtyla, der gebürtige Pole, hat sich, was die Vertretung der Interessen der westlichen Imperialisten betrifft, ganz in die Tradition des Vatikans gestellt; er übertrifft seine Vorgänger teilweise sogar noch an reaktionärer Rührigkeit und Energie. Aus dem

päpstlich-klerikalen Kauderwelsch seiner Reden und Predigten trat immer wieder die wahre Absicht seiner Reise deutlich hervor: dem westlichen Imperialismus mit der polnischen Kirche einen sicheren Brückenkopf innerhalb des sozialimperialistischen Einflußbereiches zu schaffen. Vor allem kam dies in seiner Rede vor der polnischen Bischofskonferenz in Tschestochau zum Ausdruck. Er forderte hier vor allem eine Bekräftigung und Verstärkung der „bewährten“ kirchlichen Hierarchie, das heißt eine stärkere Unterordnung der polnischen Filiale der katholischen Kirche unter die Führung des römischen Vatikans und damit unter die westlich-imperialistischen Interessen. Sein Engagement für Po-

Fortsetzung auf Seite 2

Baskenland: Generalstreik und Barrikaden

Am vorletzten Sonntag hatte ein Polizist in der Ortschaft Tudela bei einer Demonstration von 6000 Atomkraftgegnern eine 24jährige Demonstrantin nach einem Wortwechsel erschossen. Aus Protest gegen diesen feigen Mord führten die Werktätigen des Baskenlandes am Dienstag vergangener Woche einen Generalstreik durch, der weite Teile des Baskenlandes lahmlegte. In allen wichtigen Industriebetrieben ruhte die Arbeit. In San Sebastian blieben auch die Ladengeschäfte, Banken und Schulen geschlossen. In Pamplona räumte die Polizei mit Schneepflügen brennende Barrikaden weg. In der Provinz Navarra wurde die Polizei mit Steinen beworfen und aus den Fenstern mit kochendem Öl begossen. In San Sebastian entwickelten sich schon am Montag zwischen Demonstranten und Polizei Straßenkämpfe.

Rolf Heißler niedergeschossen

Der 31jährige Rolf Heißler, dem vorgeworfen wird, er sei maßgeblich an der Entführung und Erschießung des ehemaligen Unternehmerpräsidenten Schleyer beteiligt, geriet am Samstag in einen Hinterhalt der Polizei und wurde durch einen Kopfschuß niedergestreckt. Die Polizeikugel blieb im Schädelbereich Heißlers stecken. Sie konnte durch eine Operation entfernt werden. Heißler hatte Glück, daß er mit dem Leben davonkam.

Die Polizei hatte herausgefunden, daß Heißler eine bestimmte Wohnung in Frankfurt-Sachsenhausen bezogen hatte. In Abwesenheit Heißlers hatten sich Polizisten in der Wohnung versteckt. Als Heißler am Samstagmorgen die Wohnung betrat, erhielt er einen gezielten Schuß in den Kopf. Das ist das gleiche Muster, nach dem die Polizei zuletzt Elisabeth von Dyck und davor Willy Peter Stoll erschossen hat.

Nach eigenen Angaben hatte Heißler nicht, wie von der Polizei behauptet wurde, nach einem Revolver gegriffen. Dazu, so erklärte Heißlers Anwalt, habe auch gar keine Gelegenheit bestanden, da die Polizisten sofort geschossen hätten. Was die deutsche Polizei hier an den Mitgliedern der RAF praktiziert, läuft auf die Todesstrafe ohne Gerichtsurteil hinaus.

Tausende streikten in den Kaufhäusern

Mehrere tausend Verkäuferinnen und Verkäufer beteiligten sich am 6. Juni in Niedersachsen an einem Warnstreik im Einzelhandel. In Hannover demonstrierten 2000 Beschäftigte des Einzelhandels in der Innenstadt. Zu den Aktionen hatte die Gewerkschaft HBV im Rahmen der Lohnrunde aufgerufen.

Infolge der Warnstreiks wurde am Vormittag des 6. Juni in allen großen Kaufhäusern Hannovers so gut wie nichts verkauft. Trotz massiver Einschüchterungsmaßnahmen der Kaufhausbosse beteiligte sich die Mehrheit des aufgerufenen Verkaufspersonals an dem Warnstreik.

Bei Horten in Osnabrück streikte das gesamte, rund 530

Beschäftigte umfassende Personal. Zwar versuchte die Geschäftsleitung immer wieder, die Streikposten von den Eingängen zu vertreiben. Aber das half nichts. Die Kollegen führten eine Demonstration um das Kaufhaus herum durch. In Göttingen streikten rund 900 Beschäftigte. Bei Horten in Hildesheim traten ca. 350 Kollegen in den Ausstand.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fordert zwischen 100 und 181 Mark mehr Lohn und Gehalt und einen Wegfall der Berufsjahresstaffelung. Das Unternehmerrangebot liegt bei 72 Mark brutto. Die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im Einzelhandel sind bekanntlich besonders niedrig.



Bei Horten in Osnabrück streikte das Personal von 6 bis 11.30 Uhr. Die 530 Kollegen führten eine Demonstration rund um das Kaufhaus durch.

Kommentar

Nun ist er wieder da — der 17. Juni. Der sogenannte Tag der deutschen Einheit. Der Tag der revanchistischen Leitartikler, der schwarz-rot-goldenen Hetzreden, der schwarzen und braunen Aufmärsche. Der Tag der düsteren Rück Erinnerungen an das Jahr 1953.

17. Juni 1953. — Was ging damals wirklich vor in Deutschland, in Berlin, im Ostsektor dieser Stadt?

In der DDR machten sich

Kapitalisten ihn für ihre revanchistische Propaganda sofort und bis heute ausnutzen konnten. Dieser Umstand half und hilft ihnen, die Tatsache zu verbergen, daß sie an diesem 17. Juni ein eiskaltes und verbrecherisches Spiel trieben; daß sie bereit waren, die Ost-West-Konfrontation auf das äußerste anzuheizen, einen neuen Krieg zu riskieren, Deutschland in eine neue nationale Katastrophe zu stürzen.

17. Juni — Tag des Revanchismus

damals die ersten Auswirkungen der beginnenden revisionistischen Entwicklung bemerkbar: Entfernung der Partei von den Massen; Bürokratismus; Regieren über die Köpfe der Arbeiter hinweg; unbegründete, ungerechtfertigte Erhöhung der Normen. Unter den Arbeitern verbreitete sich Unzufriedenheit; es kam in Ostberlin zu einzelnen Protesten, Streiks...

Angesichts dieser Situation sahen die Kapitalisten im Westen, die alten Verderber Deutschlands, die Schlot- und die Dollarbarone ihre Stunde gekommen. Der langersehnte, langvorbereitete „Tag X“ stand vor der Tür. Am Morgen des 17. Juni zogen Haufen von Provokateuren, Faschisten, gekaufte Lumpen über die offene Sektorengrenze in den Ostteil der Stadt, vereinigten sich mit den dort operierenden Agenten und Konterrevolutionären, mischten sich unter demonstrierende Arbeiter, plünderten, legten Brände, zettelten Schlägereien an, verübten Morde. Einheiten der Roten Armee mußten im Zusammengehen mit Ostberliner Arbeitertrupps den Putschversuch niederschlagen.

Der errungene Sieg war jedoch nur ein halber, ein schiefer Sieg. Nicht nur gegen Konterrevolutionäre, auch gegen unzufriedene Arbeiter waren die Panzer aufgeföhren. Die Spaltung zwischen Partei und Arbeiter war weiter vertieft worden. Die Ostberliner Revisionisten befestigten sich in ihren Stellungen.

Gerade darin bestand für die deutsche Arbeiterklasse die Tragik der Ereignisse des 17. Juni: Daß hier eine Provokation der Imperialisten aufbauen konnte auf der Unzufriedenheit der Arbeiter mit einer Politik, in der revisionistische Tendenzen auftraten. Verhängnisvoll war dieser Umstand auch deshalb, weil die Politiker des

Der 17. Juni ist nicht der Tag der deutschen Einheit, wie sie das deutsche Volk erräumt und erstrebt. Es ist vielmehr der Tag des westdeutschen Revanchismus und der Tag des kalten Krieges, der Tag der Monopolherren, der Spalter Deutschlands, der alten und neuen Faschisten, der Hitlergeneräle, all des Gesindels, das nur darauf lauert, Deutschland erneut in Faschismus und Krieg zu treiben. Der 17. Juni ist ein Sinnbild für die verworrene und gefährliche Situation, in die die Imperialisten das deutsche Volk hineingerufen, hineingespalten haben in dem einzigen Bestreben, das System des Profits in diesem Land zu erhalten.

Der 17. Juni ist kein Tag, in dem das deutsche Volk sich wiedererkennen kann. Es gibt andere Tage in der Geschichte des deutschen Volkes; Tage, an denen sein Freiheits- und Einheitsstreben einen kämpferischen und hoffnungsfrohen Ausdruck fand; revolutionäre Tage, an denen ein Neubeginn zum Greifen nahe schien. Ein solcher Tag war der 18. März 1848, als der Sieg der bürgerlichen Revolution in Berlin den Weg zu einem geeinten und demokratischen Deutschland freiräumte. Oder der 9. November 1918, als — ebenfalls in Berlin — die revolutionären Arbeiter und Soldaten über die Mächte der Vergangenheit, des Militarismus und des Profits siegten, und als nichts mehr die proletarische Revolution in Deutschland schien aufhalten zu können. Diese Tage markieren dem deutschen Volk Richtung und Sinn seiner fortschrittlichsten Bestrebungen, seiner Kämpfe für eine bessere Zukunft. Diese Tage gilt es, den verlogenen Gedenktagen des Imperialismus, gilt es, einem 17. Juni entgegenzustellen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Bonner Schönfärberei

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit meldet, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Monat Mai erneut gesunken ist, und zwar um 100 335 auf jetzt 775 117 Arbeitslose. Von der Bonner Propaganda wird dieser Rückgang dazu benutzt, die Dinge so hinzustellen, als sei die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nahezu abgebaut.

Davon jedoch kann überhaupt nicht die Rede sein. Selbst wenn das wirkliche Arbeitslosenheer die Zahl von 775 117 nicht wesentlich übersteigen würde — was gar nicht der Wirklichkeit entspricht —, bestünde nicht der geringste Anlaß, die Situation in rosaroten Farben zu malen. Aber Stings Statistik zeichnet ein falsches Bild. In Wahrheit sind in der Bundesrepublik auch heute weit mehr als eine Million Menschen arbeitslos. Stingl selbst kann nicht bestreiten, daß rund 600 000 Arbeitslose resigniert haben und in die stille Reserve abgewandert sind. Dabei handelt es sich in erster Linie um Frauen.

Jelänger die Arbeitslosigkeit andauert, desto größer wird bei dem hiesigen herrschenden System der Registrierung zwangsläufig die Dunkelziffer der statistisch nicht registrierten Arbeitslosen. Folgende Gruppen von Arbeitslosen fallen aus der Statistik heraus:

- Jugendliche, die nach Beendigung ihrer Schulzeit weder eine Ausbildungsstelle noch ei-

nen Arbeitsplatz gefunden haben.

- Verheiratete Frauen;
- Behinderte ab einem bestimmten Grad der Behinderung;
- Teilnehmer an Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung (ihre Zahl lag zuletzt im Jahresdurchschnitt bei mehr als 51 000);
- Ausländische Arbeitslose, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind;
- Ausländische arbeitslose Jugendliche, denen in der Bundesrepublik keine Arbeitserlaubnis gewährt wird.

Wenn Ende Mai die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 137 800 niedriger lag als ein Jahr zuvor, so bedeutet das keineswegs, daß die reale Arbeitslosigkeit dementsprechend zurückgegangen ist. Sogar nach offiziellen Angaben hat die Zahl der Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben, inzwi-

schen eine beträchtliche Größenordnung erreicht: Sie wird mit 300 000 bis 400 000 angegeben.

Sicher hat die gegenwärtige wirtschaftliche Belebung in Verbindung mit den saisonalen Auswirkungen des Frühjahrs zu einer leichten Abschwächung der Arbeitslosigkeit geführt. Aber diese vorübergehende Besserung ändert nichts an der Hauptrichtung, in der die Entwicklung verläuft. Und diese ist gekennzeichnet durch die grundlegende Verschärfung der wirtschaftlichen Krise und durch weitere rücksichtslose Arbeitsvernichtungsfeldzüge der Kapitalisten in den kommenden Jahren. Wenn die Vertreter der Konzerne und der Regierung gerade jetzt eine neue niederträchtige Diffamierungskampagne gegen die Arbeitslosen gestartet haben und sie als Drückeberger und Taugenichtse beschimpfen, wenn Bonn nun mit der Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes die Arbeitslosen verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen unterwirft, dann hat das schon seine Gründe. Die Konzernherren kalkulieren ganz klar mit einem starken Anwachsen des Arbeitslosenheeres auf längere Sicht.

Der gegenwärtige Konjunkturaufschwung ändert nichts an der Tatsache, daß es gegenüber 1973 heute 1,5 Millionen Arbeitsplätze weniger in der Bundesrepublik gibt. Die Kapitalisten benutzen diese Lage, um den Druck auf die Arbeiter und Angestellten immer mehr zu verschärfen. Da wird uns erzählt, es herrsche hieszulande bereits ein Arbeitskräftemangel. Tatsache ist aber, daß die Unternehmer in immer stärkerem Maße nur noch Arbeitskräfte beschäftigen wollen, die besonders hohe Leistungen bringen können. Wer da nicht mithalten kann, muß befürchten, früher oder später ins Arbeitslosenheer gestoßen zu werden. In Nordrhein-Westfalen sind fast 40 Prozent aller gemeldeten offenen Stellen mit einer Höchstaltersbegrenzung versehen, wobei mehr als die Hälfte dieser Stellenangebote nur an Bewerber bis höchstens 40 Jahre gemacht werden. Bei den über 55jährigen ist die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik überhaupt nicht zurückgegangen, sondern hat sich sogar erhöht. Bei den Frauen liegt die Arbeitslosenquote mit 4,9 Prozent heute mehr als doppelt so hoch als bei den Männern.

Die Kapitalisten bieten trotz des konjunkturellen Aufschwungs nicht nennenswert mehr Arbeitsplätze an als vor einem oder zwei Jahren. Stattdessen forsten sie ihre Arbeiterarmeen durch, verjüngen sie, „säubern“ sie zunehmend von solchen Beschäftigten, deren Arbeitskraft nicht schärfsten Anforderungen standhält. Immer größer wird so das Heer der Dauerarbeitslosen, die praktisch keine Chance mehr erhalten, jemals wieder ins Erwerbsleben eingegliedert zu werden.

Schmidt droht mit dem Krieg

Bundeskanzler Schmidt hat in der letzten Woche offen mit der Möglichkeit eines Krieges gedroht. Kernenergie oder Krieg — vor diese erpresserische Alternative stellt uns Kanzler Schmidt.

Schmidt machte seine Äußerung vor dem Hintergrund eines sich zuspitzenden Konkurrenzkampfes der imperialistischen Länder um das Erdöl und Erdgas. Vor seiner Abreise in die USA, wo er die Widersprüche erörtern wollte, sagte Schmidt gegenüber dem US-Nachrichtenmagazin „Time“: „Wenn die Kernenergie nicht rasch genug weiterentwickelt wird, könnte der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden.“ Die Verknappung des Erdöls und die steigenden Rohölpreise stellten nicht nur eine Bedrohung für die Wirtschaft dar, sondern könnten auch zu Kriegen führen.

Mit seiner Äußerung bestä-

tigte Schmidt, daß der Kampf um Rohstoffe, Märkte, Einflußsphären der alleinige Grund der imperialistischen Kriege ist. Eine Bestätigung der marxistisch-leninistischen Theorie!

In den USA setzte Schmidt seine kriegshetzerischen Äußerungen fort. Ein weltweiter Verteilungskampf, erklärte er vor Studenten der Harvard-Universität, könne auch zur Konfrontation unter großen Staaten führen. Schmidt drohte auch den Entwicklungsländern und ölproduzierenden Ländern. Diese Länder, führte er aus, hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie infolge der steigenden Rohölpreise mehr für die Importe aus den Industrieländern zahlen müßten. In

der arroganten Pose eines Kolonialbeamten fordert dieser Imperialist das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung der Entwicklungsländer.

In den USA traf Schmidt mit Carter, Sicherheitsberater Brzezinski, Energieminister Schlesinger und anderen Führern des amerikanischen Imperialismus zusammen. Er brachte die Beschwerden der westeuropäischen Imperialisten über die „unsolidarische“ amerikanische Energiepolitik zum Ausdruck. Die USA versuchen gegenwärtig, über eine Subvention der Ölimporte Erdöl von den amerikanischen Märkten abzuziehen. Schmidt und Carter und Konsorten konnten zu keiner Einigung gelangen.

Johannes Paul II. in Polen

„Untergründige Langzeitwirkungen“

Fortsetzung von Seite 1

len, erklärte der Papst, sei nicht eine Gefühlssache, sondern im Gegenteil Ausdruck einer umfassenden Programmkonzeption, die über Polen hinausgreift.

Der imperialistische Hintergrund der Papstreise wurde von den reaktionären Medien des Westens, vor allem auch der Bundesrepublik ausdrücklich gewürdigt. Der „Bayernkurier“ etwa sah von dem Papstbesuch bereits „untergründige Langzeitwirkungen ... tief in die Bezirke der Politik gehen.“ Der Papst sei nach Polen gekommen, „um aller Welt aufzuzeigen, daß dieses Volk, ja daß der slawische Kulturkreis überhaupt sich nach wie vor als christlich versteht und also ein wesentlicher Teil des Abendlandes ist und bleibt.“

Von seiten der polnischen Revisionisten aus gesehen, war der Papstbesuch ein Versuch, angesichts der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem besseren Arrangement mit dem polnischen katholischen Klerus zu kommen und so eine breitere soziale Basis für ihr Regiment zu finden. Daher die zur Schau getragene „Herzlichkeit“, daher die Empfänge und Einkünfte mit Staatspräsident Jablonski und Parteichef Gierek.

Der Verlauf der Papstreise aber wurde für die polnischen Revisionisten zu einem Debakel. Nicht allein, daß der Papst als ein Sachwalter der westlichen Imperialisten und Konkurrenten auftrat; die Art und Begleiterscheinungen seiner Reise machten auch den Ver-

fall, die Dekadenz, die tiefe ideologisch-moralische Krise, in der sich der revisionistische Staat befindet, deutlich. Die polnischen Revisionisten, die den dialektischen Materialismus als Fassade benutzen, mußten mitansehen, wie jeweils mehrere Hunderttausende dem Oberhaupt des finsternen Vatikans zubenelten; sie mußten feststellen, daß dieser Verkünder mittelalterlich-mystischer Beschränktheit mehr Menschen zu mobilisieren imstande war als sie selbst. Dies jedoch ist ein Ergebnis der revisionistischen Politik in Polen, die mit der Förderung bäuerlichen Privateigentums und des Kleinbürgerums die soziale Basis für den religiösen Obskurantismus geschaffen hat. Dies ist ein Ergebnis der Restauration der kapitalistischen Klassengesellschaft, der kapitalistischen Ausbeutung in Polen, die selbst Teile der Arbeiterschaft den religiösen Heilslehren wieder in die Arme getrieben hat.

Zitat der Woche



„Die weiße Gestalt des Papstes schreitet die Gangway herunter. An seiner Seite, hehr und hoch und hager, der purpurne Polen-Primas Stephan Kardinal Wyszynski. Ein dritter Pole, Staatspräsident Henryk Jablonski, wartet am Ende eines roten Teppichs. Begegnung der drei Männer, Begrüßung, Fotoblitz-Gewitter, Kamera-Sturm. Die Regie indes führt Gott: Hier die zwei Kirchenfürsten, dort der Parteibonze. Die beiden Christen hoch aufgerichtet, der Atheist tief geduckt. Wojtyla und Wyszynski strahlen von innen: wahr und gut und edel und ehrfürchtig und voll Liebe. Gott ist mit ihnen. Jablonski strahlt nicht, er erstarrt: mittelmäßig, grau, ohne Ehrfurcht, voll Furcht, ohne Gott, nur mit Gierek. Eine optisch eindeutige Niederlage des Kommunismus habe ich noch nie erlebt.“ (Chefredakteur Michael Jeanné in der „Bild am Sonntag“, 10. Juni 1979)

Berichtigung

In der ersten Folge des Artikels im RM 22, Seite 9, sind uns zwei Fehler unterlaufen. In der vierten Spalte, dritter Absatz, muß es statt „...wurden die Banken wieder dezentralisiert“ richtig heißen: „...wurden die Banken wieder zentralisiert“. In der sechsten Spalte oben muß statt „sandfreiem Pulver“ richtig „rauchfreiem Pulver“ stehen.

Aus dem Inhalt

Referat des Genossen Ernst Aust: Festigt die Reihen der Partei im Kampf gegen Reaktion und Faschismus...	3
4 000 Lehrer demonstrieren in Bremen...	4
Resolution von Mannesmann-Vertrauensleuten gegen Loderer...	4
Klunckers Thesen zur Kernenergie...	4
Die Haltung der DGB-Führung zum Verbot der Aussperrung...	5
Vor fünf Jahren starb Günter Routhier...	6
3000 demonstrieren für das Verbot der „Grauen Wölfe“...	7
Bochumer gründeten Initiative gegen Polizeieingriffe...	7
23 Monate Gefängnis für kommunistischen Anwalt...	8
30 Jahre Bundesrepublik: So wurde der Kapitalismus gerechtfertigt...	9

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

UZ, „Rote Fahne“ und Johannes Paul II.

Zum Beweis für die Gefährlichkeit der Kommunisten führen Reaktionäre oft einen angeblichen Ausspruch Lenins an, demzufolge sich Kommunisten sogar mit dem Teufel verbünden würden, um ihr Ziel — die Revolution — zu erreichen. Für die Revisionisten der unterschiedlichsten Färbung trifft das natürlich nicht zu. Sie verbinden sich statt mit dem Teufel mit dem Papst — gegen die Revolution.

Die DKP stellte — ganz auf der Linie ihrer polnischen revisionistischen Freunde — den Papstbesuch als einen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus in Polen dar. So schreibt die UZ: „Der Papst betonte schon bei seiner Ankunft sehr deutlich seine Achtung vor der polnischen Partei- und Staatsführung, als er sich an Edward Gierek mit den Worten wandte: „Zum Schluß möchte ich Ihnen noch einmal meinen herzlichen Dank und meine Wertschätzung für all Ihre Mühe bekunden, die das Gemeinwohl der Landsleute und die angemessene Stellung Polens im internationalen Leben zum Ziel haben.“ Zustimmend zitiert die UZ die polnische Parteizeitung „Tribuna Ludu“: „Die bestehenden weltanschaulichen Unterschiede sind kein Hindernis für das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte bei der Verwirklichung der Aufgaben der Entwicklung des Landes. Die Politik unserer Partei schafft die Bedingungen für ein konstruktives Zusammenwirken zwischen Kirche und Staat.“ Daß die DKP Johannes Paul II. anlässlich seines Auftritts in Auschwitz zu einem Antifaschisten mit „eindeutiger Stellungnahme gegen den Faschismus“ hochstilisiert, rundet das revisionistische Bild nur ab.

Ihre Sympathie für den Papst, wenn auch aus anderen Motiven, bekundet ebenfalls die hiesige KPD Semlers. In ihrem Organ „Rote Fahne“ bejubelt sie den Polen-Reisenden als Vorkämpfer gegen sozialimperialistische Unterdrückung, als Bannerträger polnischer Freiheit, als Führer der Arbeiterschaft. In der „Roten Fahne“ heißt es: „Die Ereignisse um den Papstbesuch tragen dazu bei, das Selbstbewußtsein des polnischen Volkes zu stärken. Solche Massenversammlungen, die die verhassten staatlichen Macht-haber zwar nicht verhindern können, ihnen aber erklärtermaßen auch nicht in den Kram passen, fördern die Einsicht der Menschen, daß ihre Stärke im gemeinsamen Handeln gegen die Unterdrücker liegt. Gerade die Unterdrückten, die die katholischen Arbeiter, die mit an der Spitze einer zunehmenden Zahl von Streiks stehen, werden in Zukunft ihre Forderungen mit größerem Nachdruck vortragen.“

Nicht anders als die UZ fordert die „Rote Fahne“ die Zusammenarbeit mit dem Papst und dem Klerus: „Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Religion, zwischen Materialismus und Idealismus ist zwar notwendig und wichtig [sicher! sicher!], gegenwärtig aber sicher nicht das Hauptproblem der polnischen Opposition.“

Wie man sieht, hat sich der Papst durch seinen polnischen Besuch auch in Westdeutschland neue Jünger gewonnen.

Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML

Festigt die Reihen der Partei im Kampf gegen Reaktion und Faschismus



Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Liebe Genossinnen und Genossen, ich begrüße euch herzlich zu unserem 3. Plenum des Zentralkomitees nach dem IV. Parteitag. Bevor ich auf die Lage in der Partei und den Ablauf der Bezirksdelegiertenkonferenzen eingehe, laßt mich ein paar Worte zur aktuellen politischen Lage in der Bundesrepublik sagen.

Sicher habt ihr verfolgt, wie mit Karl Carstens und Richard Stücklen zwei Erzreaktionäre und Strauß-Freunde in die höchsten Ämter der Bundesrepublik, das des Bundespräsidenten und das des Bundestagspräsidenten eingerückt sind. Und auf das Amt des Bundeskanzlers hat jetzt Franz Josef Strauß selbst unüberhörbar seinen Anspruch angemeldet.

Offensichtlich teilt das westdeutsche Monopolkapital die Einschätzung der Partei, daß sich im Verlauf der 80er Jahre die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik und Westberlins beträchtlich verschlechtern, die Klassenkämpfe sich weiter verschärfen werden, so daß das Entstehen einer revolutionären Situation nicht ausgeschlossen ist.

Diese Einschätzung, daß wir national wie auch international mit einer schweren Krise, einer Weltwirtschaftskrise im Lauf der 80er Jahre zu rechnen haben, teilt auch der von der SPD/FDP für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagene bürgerliche Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker: „Ich erwarte in den 80er Jahren große Krisen. Ursache sind eine Reihe von Entwicklungen, die uns an den Rand des Abgrunds bringen können.“ Als Ursachen gibt er an: „(...) das Wetttrüben. Die Spannungen zwischen den Supermächten wachsen“, so daß „ein großer Krieg möglich wird“. Als zweite Ursache nennt er die Verknappung des Öls, die westlicherseits sogar dazu führen könnte, „mit Waffengewalt die Öllieferanten in die Knie zu zwingen“.

Die Forderung Weizäckers dazu: Die Menschen sollten vernünftig werden und „dem Wetttrüben (...) Einhalt gebieten.“ Das ist ein frommer Wunsch und wird es bleiben, denn die tieferen Ursachen eben für dieses Wetttrüben, die Krisen und Kriege liegen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, liegen im Kampf der Imperialisten, der imperialistischen Supermächte um Rohstoffquellen, Absatzmärkte,

Einflußsphären, Weltherrschaft. Was sie leitet, ist nicht die Vernunft, sondern das Streben nach höchsten Profiten. Und da ist sich jeder Imperialismus erst einmal selbst der nächste. Das gilt selbst im eigenen Bündnissystem, wie wir erst kürzlich erfahren, als der US-Präsident Carter ohne Rücksichtnahme auf seine NATO-Verbündeten die Einfuhr von Heizöl in die USA subventionieren ließ, was in der Folge dazu führte, daß Heizöl- und Dieselpreise in den EG-Staaten auf Rekordhöhe kletterten.

Vernunft ist halt — wie schon gesagt — nicht gerade die starke Seite der Monopolbourgeoisie. Und ihre Art, einer Wirtschaftskrise und der damit in der Folge verbundenen wachsenden Unzufriedenheit, dem wachsenden Widerstand der Werktätigen zu begegnen, ist stets die Einschüchterung, das Ablenken auf einen anderen Feind (die Juden, die Kommunisten, die Terroristen etc.), die Unterdrückung und, wenn alles nichts hilft, die offene Gewalt, der Faschismus.

Wenn sich also jetzt F. J. Strauß, der im übrigen die Einschätzung Weizäckers teilt, als Retter für die kommenden Jahre der Not anbietet, sich als der starke Mann, wenn schon nicht vom Volk, so doch von großen Teilen der CDU gerufen fühlt, so zeigt sich darin genau wie in der Berufung von Carstens und Stücklen die Einschätzung der Lage durch die hinter ihnen stehenden Kräfte des Finanzkapitals.

Es ist nun einigermaßen sinnlos, breit darüber zu spekulieren, ob der Strauß oder der Albrecht oder beide gemeinsam von der CDU/CSU für die Bundestagswahl im kommenden Jahr als Kanzlerkandidaten aufgestellt werden. Ob es zu einer Spaltung von CDU und CSU und damit zu einem Alleingang von F. J. Strauß kommt, was andererseits wiederum zu einer Koalition von CDU und SPD führen könnte usw. usf., können wir nicht voraussagen.

Wie dem auch sei, eines wird durch den Amtsantritt von Carstens und Stücklen, den offenen Anspruch von Strauß auf das Kanzleramt jedenfalls klar: der unverhohlene Machtanspruch der übelsten Reaktionäre, Faschisten, Kriegstreiber und Revanchisten. Die Faschisierung schreitet voran. Mit dem Machtantritt von Strauß würde sie eine neue Qualität

erlangen. Auch wenn er lediglich allein mit einer bundesweiten CSU in Erscheinung trat, wäre dies — da alle Reaktionäre auf ihn fliegen wie die Motten aufs Licht — der Start einer starken faschistischen Partei nach verfloßenem Muster.

Noch zögert die Bourgeoisie, den Strauß voll zum Einsatz zu bringen, denn wie zurecht vermutet wird, treibt er die Polarisierung voran. Auf jeden Fall ist Strauß in den Reihen der Arbeiterklasse als Prototyp eines Reaktionärs und Faschisten zutiefst verhaßt. Wir müssen das nutzen und mit dem Machtantritt der reaktionären Troika Carstens-Strauß-Stücklen den Werktätigen das Vorschreiten der Faschisierung in der Bundesrepublik noch deutlicher vor Augen zu führen. Dadurch bekommt unser Kampf für eine breite Einheits-, eine breite Volksfront gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie noch mehr Bedeutung. Das aber erfordert von uns: a) eine flexible Taktik und b) eine disziplinierte, geschlossen handelnde Partei.

Was die Frage der Taktik betrifft, so hat die Partei in der Vergangenheit des öfteren ein gewisses schematisches, sektiererisches Herangehen an Probleme des Klassenkampfes gezeigt. So hat sie zum Beispiel ständig die These der modernen Revisionisten der DKP von der besonderen Gefahr eines sogenannten Rechtskartells um Strauß, die NPD etc. ange-

abschiedung der Notstandsgesetze, über den forcierten Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates von Polizei, MEKs, Grenzschutz, Geheimdiensten usw. bis hin zu den Berufsverboten, dem Todesschuß und anderen reaktionären Gesetzen. Und schließlich ist die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur nicht allein über ein sogenanntes Rechtskartell, sondern ebenso über eine Koalition, ein Notstandskabinett von SPD und CDU möglich.

Abgesehen davon ist es die DKP selbst, die — wie schon die SPD vor 1933 —, indem sie durch die Propagierung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus, die Massen vom revolutionären Kampf um ihre endgültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus und damit auch des Faschismus abzuhalten versucht, selber dem Faschismus den Weg bereitet.

Falsch wäre jedoch, zwischen den Parteien CDU/CSU und SPD/FDP, zwischen Strauß/Dregger und Brandt/Wehner überhaupt keinen Unterschied zu machen. Sicher ist, daß beide Vertretungen, Parteien der Monopolbourgeoisie, des westdeutschen Imperialismus sind, daß ihre Führungen mit dessen weitgesteckten Zielen, der Einvernahme der DDR, der Revanche, der Errichtung seiner Weltherrschaft im Prinzip übereinstimmen.

Nur über den besten Weg dahin gibt es zwischen ihnen —

quellen, Absatzmärkte, Einflußsphären zum Beispiel im Osten durch Verhandlungen und Abkommen zu sichern sucht, mehr einen eigenständigen Kurs zwischen den Supermächten anstrebt, eine Rückkehr zu Methoden des sogenannten kalten Krieges und erst recht eines heißen Krieges zur Zeit zu meiden trachtet, reist die Strauß-Dregger-Gruppe mehr auf die harte Tour, versucht sie die Sowjetunion mit der chinesischen Karte zu erpressen und läßt es durchaus auf einen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt ankommen, von dem sie sich eine Erfüllung ihrer revanchistischen Träume verspricht.

Natürlich setzt eine solche Politik eine verschärfte Militarisierung und Faschisierung im Leben der Bundesrepublik und Westberlins voraus. Es besteht durch den Machtantritt von Erzreaktionären wie Carstens, Stücklen und dem geplanten von Strauß durchaus die Gefahr, daß der westdeutsche Imperialismus, wie schon zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1929/33, einer kommenden tiefgehenden Krise mit der Errichtung des offenen Faschismus und der Auslösung eines Krieges, diesmal zwischen NATO und Warschauer Pakt zu begegnen sucht.

Es ist ja nicht so, daß wir leugnen, daß es innerhalb der Monopolbourgeoisie, der westdeutschen Imperialisten verschiedene Strömungen und Widersprüche gibt; Widersprüche, die zugunsten des Proletariats auszunutzen Pflicht und Aufgabe einer kommunistischen Partei ist. Was wir jedoch entschieden bekämpfen, ist die revisionistische These, nach der es einen „friedlichen“ und einen unfriedlichen Imperialismus gibt. Jeder Imperialismus, ob groß oder klein, ist aggressiv, ist auf eine ständige Erweiterung seiner Einflußsphären bedacht und ist bereit, wenn es die Umstände erfordern oder die Gelegenheit günstig ist, den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu betrachten.

Sollte es nun die CDU/CSU fertigbringen, uns den Strauß zur Bundestagswahl 1980 als Kanzlerkandidaten zu präsentieren — was noch stark zu bezweifeln ist —, oder sollte er auch nur bundesweit als Führer der CSU kandidieren, müssen wir das auszunutzen. Auszunutzen, indem wir im ersten Fall die Losung ausgeben: „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg“ und im zweiten Fall, sollte Albrecht für die CDU kandidieren, „Wer Albrecht wählt, wählt Strauß. Wer Strauß wählt, wählt ... usw.“

Wichtig für uns ist jedenfalls, wie schon die Berufsverbote, das offene Auftreten von Nazis, Holocaust, die Verjährung, den Aussperrungsterror usw. auch diese Erscheinungen wie die Wahl Carstens, das Angebot Strauß als Kanzlerkandidat für den Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus zu nutzen. Den Aufbau einer Volksfront, die so breit ist, daß sie unabhängig von ihrer Weltanschauung alle Menschen, die gegen die Strauß und Dregger, gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie sind, umfaßt.



Jedes Jahr am Karfreitag gedenken Antifaschisten in der Dortmunder Bittermark eines an diesem Ort am 30. März 1945 von den Nazis verübten schrecklichen Massakers an Widerstandskämpfern und verschleppten ausländischen Zwangsarbeitern. Unser Foto: Kundgebungsteilnehmer mit Schildern und Transparenten der Bittermark-Initiative gegen Reaktion und Faschismus.

griffen. Was ist daran richtig, was falsch? Richtig daran ist die Entlarvung der revisionistischen Absicht, die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur allein auf die Strauß und Co., die NPD, die offen auftretenden ehemaligen und neuen Nazis zu beschränken und die Rolle, die bei der Faschisierung der SPD als eine Partei des Monopolkapitals spielt, zu verschweigen. Schließlich wäre ohne ihre aktive Mitwirkung, ja Federführung als Regierungspartei, der fortschreitende Abbau der demokratischen Rechte des Volkes in den vergangenen zehn Jahren gar nicht möglich gewesen; angefangen von der Ver-

wie innerhalb der Monopolbourgeoisie selbst — Widersprüche und verschiedene Auffassungen, die sowohl innen- als auch außenpolitisch ein verschiedenes Vorgehen bewirken. So gibt es offensichtlich in der Errichtung des Ziels des westdeutschen Imperialismus, der Wiedererrichtung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937, der Sicherung von Rohstoffquellen, Einflußsphären, der Errichtung der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus usw. unterschiedliche Auffassungen über das beste Vorgehen.

Während die Brandt-Wehner-Gruppe mehr auf die weiche Tour fährt, Rohstoff-

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Am 31. Mai gingen in Bremen 4 000 Lehrer auf die Straße. Sie fordern die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, die Senkung der Klassenfrequenzen und eine Arbeitszeitverkürzung auch für Lehrer.

4 000 Lehrer demonstrieren in Bremen

Für Arbeitszeitverkürzung und Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!

In Bremen zogen im Anschluß an eine Personalversammlung rund 4 000 Lehrer in einem großen Demonstrationszug vor das Dienstgebäude des Senators für Bildung. Der Protest der Bremer Lehrer richtet sich gegen die Verschlechterung der

Die Demonstration wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt. In einem Flugblatt der GEW werden folgende Forderungen der Lehrer aufgestellt: **Arbeitszeitverkürzung auch für Lehrer! Senkung der Klassenfrequenzen! Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!**

Diese Forderungen der Lehrer und ihr Kampf gegen die reaktionäre Schulpolitik in der Bundesrepublik ist berechtigt. Die Bundesrepublik hat im Vergleich zu den anderen Staaten Westeuropas die schlechteste Lehrerversorgung. In Skandinavien beispielsweise wird eine Klasse neu aufgeteilt, wenn sie mehr als 30 Schüler umfaßt. Anders bei uns. Die Klassen der Orientierungsstufe haben durchwegs mehr als 30 Schüler. Zu große Klassen aber gehen unweigerlich zu Lasten unserer Kinder. Unsere Kinder

brauchen kleine Klassen, damit überhaupt vernünftige Bedingungen für ihre Entwicklung und Ausbildung vorhanden sind.

Es ist ein Skandal, daß in der Bundesrepublik zur Zeit über 15 000 Lehrer arbeitslos sind, während gleichzeitig zu wenig Lehrer im Schuldienst beschäftigt werden. Was die Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung betrifft, so stößt sie bei den Werkstätigen nicht selten auf negative Reaktionen. Dafür gibt es natürlich Gründe. Schließlich haben die Lehrer mehr Urlaub als andere Werkstätige. Und ist es nicht so, daß sie nur vormittags unterrichten? Aber langsam! Trotzdem ist die Forderung der Lehrer nach der Senkung der Pflichtstundenzahl grundsätzlich berechtigt und stimmt auch mit den Interessen der anderen Werkstätigen überein. Unter-

Arbeits- und Lernsituation an den Schulen und dagegen, daß die staatlichen Stellen jede Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu blockieren versuchen, versuchen.

richtsstunden und Arbeitszeit ist nicht dasselbe. Wenn ein Lehrer seine Aufgabe wirklich ernst nimmt, und wenn er sie gewissenhaft erfüllen will, dann bedeuten die 27 wöchentlichen Unterrichtsstunden, die beispielsweise ein Grund-, Haupt- und Realschullehrer in Bremen wöchentlich abzuleisten hat, daß seine Wochenarbeitszeit in der Regel weit über die 40-Stunden-Grenze hinausgeht, selbst wenn das Mehr an Urlaub mit in Rechnung gestellt wird. Sicher gibt es Lehrer, denen es wichtiger ist, sich selbst viel Freizeit zu sichern, als sich für einen guten Unterricht einzusetzen. Aber das ist nicht die Mehrheit.

Es ist einfach ein Widerspruch, daß Tausende von ausgebildeten Lehrern auf der Straße sitzen und gleichzeitig ein guter Unterricht nur möglich ist, wenn die Lehrer freiwillig eine

überlange Arbeitszeit auf sich nehmen.

So sind die Bremer Lehrer völlig im Recht, wenn sie auf der erwähnten Personalversammlung in einer fast einstimmig angenommenen Resolution erklären: „Die Personalversammlung der Bremischen Schulen hat mit Empörung den Beschluß des Bremer SPD-Parteitags zur Kenntnis genommen, die von der Bürgerschaft versprochene Senkung der Pflichtstundenzahl der Haupt- und Realschullehrer auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Diejenigen, die diesen Beschluß gefaßt haben, kennen entweder die Arbeits-situation an den Bremer Schulen nicht, oder sie nehmen eine weitere Verschlechterung des Lern- und Arbeitsklimas an unseren Schulen bewußt in Kauf.“

Klunckers Thesen zur Kernenergie

Am 3. Mai legte der ÖTV-Chef Kluncker auf einer Tagung des Hauptvorstands dieser Gewerkschaft sogenannte „Thesen zur Kernenergie“ vor.

Die Kernthese lautet: Auf die Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke kann nicht verzichtet werden. Kluncker vertritt diesen Standpunkt ungeachtet der Katastrophe von Harrisburg, die der ganzen Welt die ungeheure Gefahr vor Augen geführt hat, welche unter den heutigen Bedingungen mit der Kernenergie verbunden ist. Noch ist nicht abzusehen, wieviele Menschen in Harrisburg gesundheitlich geschädigt und wieviele möglicherweise die heimtückische Auswirkung der Strahlung erst auf längere Sicht in schrecklicher Weise zu spüren bekommen. Kluncker aber bezeichnet die Katastrophe von Harrisburg verniedlichend als „Störfall“. Eine Katastrophe, die uns Haar zu einer furchtbaren Tragödie eskaliert wäre!

Und Kluncker erklärt kalt-schnäuzig: „Ich halte nichts davon, aufgrund der Zwischenfälle in den USA eine neue Energiepolitik anzudeuten oder anzukündigen.“

Kluncker stärkt so dem Monopolkapital und der Bonner Regierung genau in dem Moment den Rücken für ihre volksfeindliche Energiepolitik, wo die Front des Widerstands gegen das mörderische Atomenergieprogramm stärker geworden und Harrisburg vielen die Augen geöffnet hat. Wer will denn um keinen Preis auf die Kernenergie verzichten? Das sind doch die Profithäie, die Energiemonopole, die für ihren Reibach auch über Leichen gehen, wenn es sein muß!

Kluncker legt den gleichen ungeheuerlichen Zynismus an den Tag, der die Bosse der

Sie sollen den Standpunkt der ÖTV in der Kernenergiefrage für das neue Aktionsprogramm des DGB festlegen.

Energiekonzerne auszeichnet. Genau wie diese Menschenverächter erklärt er: „Wir müssen auch mit bestimmten Risiken bei der Anwendung der Kerntechnik rechnen und mit bestimmten vertretbaren Risiken leben. (...) Ein Restrisiko wird bei der Anwendung der Kerntechnik immer bleiben. Gerade das muß aber die politische Verantwortlichen verpflichten, dieses Restrisiko durch gesetzliche Auflagen und wirksame Kontrollen so gering wie möglich zu halten.“

Wen will Kluncker denn für dumm verkaufen mit dem Geschwätz von „wirksamen Kontrollen“ durch die „politisch Verantwortlichen“? Die politisch Verantwortlichen in den USA wie auch in der Bundesrepublik haben doch stets die Bevölkerung mit

Lügen und Beschwichtigungen über die Gefahren der KKW's getäuscht, haben immer wieder gefährliche Reaktorpannen vertuscht, haben die Menschen skrupellos den Gefahren durch ausgetretene Radioaktivität preisgegeben!

In Wahrheit hat Kluncker nicht die Interessen der werktätigen Bevölkerung im Auge, sondern einzig die Profite und die militärischen Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Dafür sollen wir unsere Zukunft aufs Spiel setzen und die Gesundheit unserer Kinder in Gefahr bringen! Für die fortschrittlichen Gewerkschafter heißt es, dieser arbeitfeindlichen Politik von Kluncker und Co. eine scharfe Absage zu erteilen. Keine Befürwortung der Atomenergie im Aktionsprogramm des DGB!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Mehr Kranunfälle bei Thyssen

Wenn Unfälle passieren, sind die Herren von Geschäftsleitung und auch vom Betriebsrat meist schnell mit einer Erklärung zur Hand. Wir kennen es ja schon: Die Kollegen, die Opfer also, sind selber schuld!

Schon vor einiger Zeit ist der Kranbalken des Portalkrans zweimal abgestürzt (doppelt hält besser!!!) Es waren dort einige Experimente mit einem Drehantrieb veranstaltet worden. Ende letzten Jahres fiel dann ein etwa 20 Tonnen schweres Coil aus drei Meter Höhe auf einen Teil der Coilanlage und zerschlug einen Antrieb. Die Anlage mußte für mehrere Tage außer Betrieb gesetzt werden. Nur dem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß keiner der Kollegen etwas abbekommen hat.

Ebenfalls in B I kam ein ganzer Kran von der Decke. Über der Aufgabestation vor

der Farbspritzanlage riß plötzlich ein Seil. Der Packen Längsträger stürzte auf die Platte dicht neben die arbeitenden Kollegen. Das gerissene Seil schnellte durch Schwung zurück, so daß die Katze mit dem Hubmotor ebenfalls hochsprang, sich drehte und dann herunterdonnerte. — Dabei hätte es ein weiteres Mal Tote geben können!

Um die Kräne in Ordnung zu halten, gibt es bei Thyssen zwei Kranschlosser. Früher waren es vier! Und das, obwohl neue Hallen mit Kränen gebaut worden sind und alle Kräne mehr beansprucht werden als früher.

Sollte mal eine ganze Halle zusammenstürzen, so sind nach der Logik der Werksleitung die darunterliegenden Kollegen selber schuld — warum arbeiten sie auch bei Thyssen!

Mannesmann-Vertrauensleute fordern Inflationsausgleich

Auf einer Sitzung des Vertrauensleutkörpers der IG Metall bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen verabschiedeten die Kollegen einstimmig eine Entschließung, in der sie den Vorstand der IG Metall auffordern, sofort mit der Unternehmenseite in Verhandlung über einen Inflationsausgleich einzutreten.

Die Forderung nach einem Nachschlag bzw. Inflationsausgleich wird in den Betrieben und Gewerk-

schaften zunehmend erhoben. Der Grund dafür ist einfach. Während in der vergangenen Lohnrunde die niedrigsten Tarifierhöhungen der siebziger Jahre vereinbart wurden, steigen die Preise immer schneller. Zugleich scheffeln die Konzernherren Rekordprofite. Nur eine Korrektur der viel zu mageren Tarifierhöhungen von diesem Frühjahr kann die Kollegen vor einem empfindlichen Schwund ihrer Reallöhne bewahren.

Vertrauensleute Mannesmann Resolution gegen verleumderische Beschuldigungen Loderers

Der Dieb schreit: „Haltet den Dieb!“ So hatten die IGM-Vorstandsmitglieder Loderer und Janßen ausgerechnet die Belegschaft von Mannesmann-Huckingen beschuldigt, im Stahlarbeiterstreik Streikbrecherarbeit geleistet zu haben. Dieser Angriff ist unglaublich schmutzig und unverschämte, denn er wird gerade von jenen erhoben, die den Streik der Stahlarbeiter auf vielfache Weise systematisch sabotiert und den Kollegen schließlich einen faulen Kompromiß aufgezwungen haben. Und er richtet sich ausgerechnet gegen jene, die wie die IGM-Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen die Streikbruchpolitik der Loderer, Janßen und Herb nicht nur mit am entschlossensten bekämpft und kritisiert haben, sondern die auch für die Stärkung der Streikfront, für die Festigung der Kampfbereitschaft und Solidarität in den Reihen der Stahlarbeiter einen hervor-

ragenden Beitrag geleistet haben.

Auf solch niederträchtige Art und Weise versuchen die IGM-Bonzen jetzt, Gewerkschafter mundtot zu machen, die sich nicht verschaukeln lassen wollen, und die das arbeiterfeindliche Treiben der Bonzen angreifen. Aber letztlich wird dadurch nur noch mehr Kollegen klar, daß Leute wie Loderer und Janßen abgefeimte Arbeiterverräter sind, die in einer Arbeitergewerkschaft nichts zu suchen haben und schon gar nicht in der Führung einer solchen Organisation.

In der vergangenen Woche hat der Vertrauensleutkörper der IGM bei Mannesmann einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die Verleumdungen von Loderer und Janßen scharf zurückgewiesen werden und an Loderer die Forderung gerichtet wird, diese falschen Beschuldigungen öffentlich zu widerrufen.



Serie • Teil 4

„Verbot der Aussperrung!“ — diese Forderung wird vor allem seit dem letzten Jahr massiv in den Betrieben und DGB-Gewerkschaften erhoben. „Verbot der Aussperrung“ fordert auch die DGB-Führung. Scheinbar vertritt der DGB-Vorstand beim Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer also die Forderung und das Interesse der Kollegen. Aber eben nur scheinbar. Denn während die klassenbewußten Kollegen dafür kämpfen wollen, daß der Bundestag per Gesetz die Aussperrung verbietet, lehnen die DGB-Führer gerade diesen Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ab. Und das, obwohl auch auf dem 11. DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 noch ausdrücklich vom gesetzlichen Verbot der Aussperrung die Rede war!

Die Haltung der DGB-Führung zum Verbot der Aussperrung

„...Skepsis ist in jedem Fall geboten“

So heißt es etwa in der vom Vorstand der IG Metall herausgegebenen Broschüre „Verbot der Aussperrung“: „Bis vor einiger Zeit ist vielfach gefordert worden, daß der Gesetzgeber die Aussperrung verbieten möge, d. h. die entsprechende Rechtsprechung des BAG (Bundesarbeitsgericht — RM) korrigieren solle. Von dieser Forderung sind die Gewerkschaften im Augenblick abgerückt.“

Die Gewerkschaften? Die zitierte Broschüre erschien im Herbst '78. Im November 1978 verabschiedeten Streikversammlungen bei Thyssen und Mannesmann in Duisburg Resolutionen, in denen es unter anderem heißt: „Die Aussperrung ist eine brutale Machtdemonstration der Unternehmer und sie richtet sich gegen das gewerkschaftliche Streikrecht. Wir fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung.“ Gehören diese Kollegen etwa nicht zur Gewerkschaft? Die Wahrheit ist: Nicht die Gewerkschaften, sondern allein die Gewerkschaftsführungen wollen den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung nicht führen.

Es sind im wesentlichen drei Gründe, die Vetter, Loderer und Co. dafür ins Feld führen, daß sie „im Augenblick“ von der Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung „abgerückt“ sind.

Argument Nr. 1: Die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung sei im Grunde genommen überflüssig. So erklärte etwa Bleicher vom Bezirksvorstand der IG Metall in NRW im November 1978 auf der Kreisdelegiertenkonferenz der IG Metall in Bochum, es sei „ein zweifelhaftes Unterfangen, jetzt ein Gesetz zu fordern, das letztlich nur das festschreiben und konkretisieren sollte, was sich für uns prinzipiell ohnehin aus der Verfassung ergibt, nämlich, daß Aussperrungen verboten sind.“

Und solche Sprüche verkündet Bleicher, während praktisch gleichzeitig Zehntausende von Stahlarbeitern von der „prinzipiell verbotenen Aussperrung“ betroffen sind! Außerdem: Wenn alles so klar und eindeutig wäre, warum wurde dann zweimal auf einem Bundeskongreß des DGB, nämlich 1972 und 1978 genau dieses gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert? Etwa weil dort ausschließlich Alphabeten versammelt waren, die die Verfassung nicht lesen können?

Tatsache ist, daß die Verfassung der Bundesrepublik eben — im Gegensatz zur Länderverfassung von Hessen — gerade kein eindeutiges Verbot

der Aussperrung enthält, daß das Bundesarbeitsgericht zweimal ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der Aussperrung verkündete usw. usf. Tatsache ist, daß seit Bestehen der Bundesrepublik über 1,5 Millionen Arbeiter ausgesperrt wurden, womit die Bundesrepublik das — wie der SPD-Führer Walter Arendt offiziell feststellte — „aussperrungsreichste“ Land in Westeuropa ist. Das gesetzliche Verbot der Aussperrung ist also offenkundig nicht „überflüssig“, sondern dringend notwendig. Und das erste „Argument“ der Gewerk-



„Aussperrung verbieten!“ ist eine zentrale Losung der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus der diesjährigen 1.-Mai-Demonstration in Frankfurt.

chaftsführung ist in Wirklichkeit kein Argument, sondern eine faule Ausrede.

Argument Nr. 2: Das gesetzliche Verbot der Aussperrung sei bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag nicht durchsetzbar. Zunächst einmal ist festzustellen, daß diese Art von Argumentation einen sehr tiefen Aufschluß darüber gibt, wie die Gewerkschaftsführer sich den Kampf für das Verbot der Aussperrung vorstellen. Offenbar doch so, daß die Arbeiterklasse gar nichts unternehmen, sondern die Hände in den Schoß legt und darauf hofft, daß die Herren Abgeordneten in Bonn ihr das Verbot der Aussperrung eines schönen Tages hübsch verpackt und mit einem Schleifen versehen, auf den Gabentisch legen. Aber auf diese Angst der Gewerkschaftsführung vor der breiten Mobilisierung der Arbeiterklasse kommen wir später noch zu sprechen.

Blicken wir vorher einmal einige Jahre zurück. Bereits 1972 wurde ja — vom 9. Bundeskongreß des DGB — die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erhoben. Damals lamentierten die Gewerkschaftsführer nicht über die „gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse“ im Bundes-

tag. Im Gegenteil. Sie waren über die parteipolitischen Verhältnisse und über die Tatsache, daß in diesem Bundestag 53 Prozent der Abgeordneten gewerkschaftlich organisiert, 250 von 518 Abgeordneten (einschließlich Westberlin) sogar im DGB organisiert waren, geradezu hingerissen. So konnte man etwa in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ lesen: „Eines allerdings kann gesagt werden: Noch nie zuvor in der 23jährigen Geschichte des Bundestages waren nach seiner Zusammensetzung und nach dem erklärten Willen der sozialliberalen Regierung die

der Parole „Verbot der Aussperrung“. Aber: Als Walter Arendt, SPD-Präsidiumsmitglied, Ex-Arbeitsminister und Ex-IGBE-Vorsitzender im Juni des letzten Jahres seine Untersuchung über die Aussperrung in der Bundesrepublik und in Westeuropa vorlegte, erklärte er gleichzeitig: „Ein gesetzliches Verbot der Aussperrung steht derzeit nicht zur Debatte.“ Und zwei Monate vorher hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff im Namen der SPD/FDP-Regierung zum geforderten Verbot der Aussperrung erklärt, „die Bundesregierung habe nicht die Absicht, an dem gegenwärtigen Rechtszustand etwas zu verändern.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 78)

Nicht durch das Warten auf „bessere Mehrheitsverhältnisse“ im Bundestag wird die Arbeiterklasse also das gesetzliche Verbot der Aussperrung erreichen können, sondern allein durch einen konsequenten und machtvollen Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung. Genau diesen Kampf aber wollen die Gewerkschaftsführer nicht. Das wird besonders deutlich an ihrem Argument Nr. 3.

Argument Nr. 3 lautet: Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse sind schlecht. Deshalb ist der Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung nicht nur aussichtslos, sondern sogar gefährlich. Denn er kann dazu führen, daß das Streikrecht und die Rechte der Gewerkschaften noch mehr eingeschränkt werden.

Sounkte etwa Horst Föhr, Justiziar beim Hauptvorstand der IGBE auf der schon erwähnten Kreisdelegiertenkonferenz der IG Metall in Bochum: „Der Ruf nach dem Gesetzgeber ... ist unter den gegebenen politischen Konstellationen gefährlich. Nicht nur droht dann ein Arbeitskampfgesetz, das so schnell nicht wieder veränderbar ist, sondern wahrscheinlich auch ein Gewerkschaftsgesetz.“ Und in der Broschüre der IGM „Verbot der Aussperrung“ heißt es: „Eugen Loderer hat auf dem 11. ordentlichen DGB-Bundeskongreß deutlich gemacht, daß unter den derzeitigen politischen Kräfteverhältnissen eine positive Reaktion auf diese gewerkschaftlichen Forderungen nicht zu erhoffen sei. Im Gegenteil — unter diesen Bedingungen müsse man vielmehr noch fürchten, daß das Arbeitskampfrecht insgesamt, und zwar zu Lasten der Gewerkschaften, gesetzlich festgeschrieben werde.“ Deshalb, so die Gewerkschaftsführer, bleibe gegenwärtig nur der Weg zu den Arbeitsgerichten.

Nun ist natürlich nichts

dagegen einzuwenden, auch vor den Arbeitsgerichten, bis hin zum Bundesarbeitsgericht, gegen die Aussperrung zu kämpfen. Im Gegenteil, entsprechende Prozesse sind zu begrüßen. Nur — eine Alternative zum Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ist das nicht. Aus verschiedenen Gründen.

Zunächst einmal ist überhaupt nicht einzusehen, wieso — folgt man den Argumenten der Gewerkschaftsführer — der Weg nach Bonn „gefährlich“ sein soll, der Weg nach Kassel zum Bundesarbeitsgericht aber nicht. Immerhin hat das Bundesarbeitsgericht bereits zweimal unter Beweis gestellt, daß es das Recht der Unternehmer auf Aussperrung auf jeden Fall verteidigen will. Und tatsächlich glauben die Gewerkschaftsführer natürlich selbst nicht an diese Märchen, die sie den Arbeitern auf-tischen.

Hören wir, was Siegfried Bleicher dazu auf der Kreisdelegiertenkonferenz der IGM in Bochum sagte: „Allerdings muß man auch beachten“, erklärte er dort, „ob die Klagen von IG Metall und IG Druck und Papier letztendlich zum angestrebten Erfolg führen, ist nicht weniger zweifelhaft, als es ein gesetzgeberischer Vorstoß zum Verbot der Aussperrung wäre.“

Immerhin hat das Bundesarbeitsgericht mit seiner Grundsatzentscheidung zu Streik und Aussperrung aus dem Jahr 1971 erneut seine Fähigkeit und Bereitschaft demonstriert, weit über die Entscheidungsnotwendigkeiten des Einzelfalles hinaus allgemeine Rechtsgrundsätze arbeitskampfbund und gewerkschaftsrechtlicher Natur aufzustellen.

Das kann sich jetzt wiederholen. Insofern ist eine Reglementierung der Gewerkschaften und ihrer Aktionsmöglichkeiten eben nicht nur ein Privileg des Gesetzgebers durch ein Verbändegesetz, sondern dies kann auch durch rechtliche Entscheidungen geschehen.“



„Gegen Aussperrung — Vollstreik“ war die Forderung vieler Kollegen im Stahlstreik des Winters 1978/79. Dieser Kollege von der Westfalenhütte trägt die Parole auf dem Helm.

Wie man sieht, wissen die Gewerkschaftsführer also genau, daß sich das Verbot der Aussperrung in Kassel auf keinen Fall leichter erreichen läßt als in Bonn. Warum sind sie also wirklich gegen den Kampf für das gesetzliche Aussperrungsverbot? Weil dieser Kampf — im Gegensatz zu dem Weg über die Arbeitsgerichte — zu einer politischen Massenbewegung der Arbeiterklasse und anderer fortschrittlicher Teile des Volkes werden wird. Zu einer demokratischen Massenbewegung, die der Bourgeoisie eine empfindliche politische Niederlage bereiten wird. Und zwar in jedem Fall. Sogar

dann, wenn das gesetzliche Verbot der Aussperrung nicht erreicht werden sollte. Denn in diesem Kampf, bei dieser „praktischen Staatsbürgerkunde“, wird die Arbeiterklasse in jedem Fall mehr über die Macht der Unternehmer in diesem Staat, über die Rolle der Parteien, des Parlaments — und natürlich auch über die Gewerkschaftsführung lernen, als der Bourgeoisie lieb ist. Durch diesen Kampf wird die Arbeiterklasse in jedem Fall ihre Kampfpositionen gegenüber der Bourgeoisie verbessern — im wirtschaftlichen Kampf, vor allem aber im Kampf gegen das Erstarken von Reaktion und Faschismus in der Bundesrepublik.

Genau das aber will die Gewerkschaftsführung nicht. Darum ist sie gegen den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung, ist sie übrigens auch gegen einen konsequenten Kampf gegen das Bundesarbeitsgericht. Denn wie sagte Siegfried Bleicher in dem oben erwähnten Referat: „Insgesamt sind gegenwärtig in der Rechtsprechung wie auch sonst im politischen Raum die Weichen nicht in Richtung auf den sozialen Fortschritt gestellt.“ Seine Schlußfolgerung für den Kampf um das Verbot der Aussperrung: „Deshalb ist Skepsis in jedem Fall geboten.“

Das ist ein klares Einverständnis über die Absichten der DGB-Führer: Sie wollen jeden konsequenten Kampf für das Verbot der Aussperrung sabotieren! Mit dieser Haltung verraten sie nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Aussperrung. Mit dieser Haltung bahnen sie auch dem weiteren Erstarken von Reaktion und Faschismus den Weg. Denn wir wissen aus der Geschichte, was nach der Ruhraussperrung 1928, an die auch die DGB-Führer während des Stahlarbeiterstreiks so oft erinnern haben, folgte. So weit darf es nicht noch einmal kommen. Deshalb muß es nicht heißen: „Skepsis in jedem Fall“, sondern: „Wehret den Anfängen!“

Kämpfen wir deshalb um so entschlossener für das gesetzliche Verbot der Aussperrung! Nutzen wir deshalb innerhalb der Gewerkschaften alle Möglichkeiten, um diesen Kampf voranzutreiben. Das gilt besonders im Hinblick auf die kommenden Gewerkschaftstage. Sorgen wir auf den vorbereiteten Konferenzen dafür, daß durch Anträge und Resolutionen die Durchsetzung des gesetzlichen Verbots der Aussperrung gefordert wird!

(Wird fortgesetzt. Weitere Themen: KABD und Verbot der Aussperrung — Die verschiedenen Formen der Aussperrung — Bundesarbeitsgericht und Aussperrung u.a.m.)

Wie man sieht, wissen die Gewerkschaftsführer also genau, daß sich das Verbot der Aussperrung in Kassel auf keinen Fall leichter erreichen läßt als in Bonn. Warum sind sie also wirklich gegen den Kampf für das gesetzliche Aussperrungsverbot? Weil dieser Kampf — im Gegensatz zu dem Weg über die Arbeitsgerichte — zu einer politischen Massenbewegung der Arbeiterklasse und anderer fortschrittlicher Teile des Volkes werden wird. Zu einer demokratischen Massenbewegung, die der Bourgeoisie eine empfindliche politische Niederlage bereiten wird. Und zwar in jedem Fall. Sogar

dann, wenn das gesetzliche Verbot der Aussperrung nicht erreicht werden sollte. Denn in diesem Kampf, bei dieser „praktischen Staatsbürgerkunde“, wird die Arbeiterklasse in jedem Fall mehr über die Macht der Unternehmer in diesem Staat, über die Rolle der Parteien, des Parlaments — und natürlich auch über die Gewerkschaftsführung lernen, als der Bourgeoisie lieb ist. Durch diesen Kampf wird die Arbeiterklasse in jedem Fall ihre Kampfpositionen gegenüber der Bourgeoisie verbessern — im wirtschaftlichen Kampf, vor allem aber im Kampf gegen das Erstarken von Reaktion und Faschismus in der Bundesrepublik.

Genau das aber will die Gewerkschaftsführung nicht. Darum ist sie gegen den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung, ist sie übrigens auch gegen einen konsequenten Kampf gegen das Bundesarbeitsgericht. Denn wie sagte Siegfried Bleicher in dem oben erwähnten Referat: „Insgesamt sind gegenwärtig in der Rechtsprechung wie auch sonst im politischen Raum die Weichen nicht in Richtung auf den sozialen Fortschritt gestellt.“ Seine Schlußfolgerung für den Kampf um das Verbot der Aussperrung: „Deshalb ist Skepsis in jedem Fall geboten.“

Das ist ein klares Einverständnis über die Absichten der DGB-Führer: Sie wollen jeden konsequenten Kampf für das Verbot der Aussperrung sabotieren! Mit dieser Haltung verraten sie nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Aussperrung. Mit dieser Haltung bahnen sie auch dem weiteren Erstarken von Reaktion und Faschismus den Weg. Denn wir wissen aus der Geschichte, was nach der Ruhraussperrung 1928, an die auch die DGB-Führer während des Stahlarbeiterstreiks so oft erinnern haben, folgte. So weit darf es nicht noch einmal kommen. Deshalb muß es nicht heißen: „Skepsis in jedem Fall“, sondern: „Wehret den Anfängen!“

Kämpfen wir deshalb um so entschlossener für das gesetzliche Verbot der Aussperrung! Nutzen wir deshalb innerhalb der Gewerkschaften alle Möglichkeiten, um diesen Kampf voranzutreiben. Das gilt besonders im Hinblick auf die kommenden Gewerkschaftstage. Sorgen wir auf den vorbereiteten Konferenzen dafür, daß durch Anträge und Resolutionen die Durchsetzung des gesetzlichen Verbots der Aussperrung gefordert wird!

(Wird fortgesetzt. Weitere Themen: KABD und Verbot der Aussperrung — Die verschiedenen Formen der Aussperrung — Bundesarbeitsgericht und Aussperrung u.a.m.)

Es ist jetzt fünf Jahre her, daß unser Genosse Günter Routhier an den Verletzungen gestorben ist, die er am 5. Juni 1974 bei einem Polizeieinsatz in den Räumen des Duisburger Arbeitsgerichtes erlitt. Der 45jährige Fröhrentner hinterließ seine Frau und einen Sohn. Günter Routhier ist der erste Genosse der KPD/ML, der sein Eintreten für die Sache der Arbeiterklasse und der Partei mit dem Leben bezahlen mußte.



Vor fünf Jahren starb Günter Routhier

Sein Ideal war Freiheit und Gerechtigkeit

Obleich ein schwerkranker Mann — er litt an einer Bluterkrankheit — ließ Günter Routhier es sich nicht nehmen, am 5. Juni seinem Freund und Genossen H. Brenner bei dessen Arbeitsgerichtsprozeß solidarisch zur Seite zu stehen. H. Brenner war von den Mannesmann-Bossen wegen seiner politischen Gesinnung entlassen worden. Als sich im Gerichtssaal nach der Urteilsverkündung Polizeischläger in Zivil auf Brenner stürzten, stellte sich Günter schützend vor den Genossen. Obwohl den Polizisten unter anderem von Pit, dem ebenfalls anwesenden Sohn Günters, wiederholt zugerufen wurde, daß Günter ein Bluter sei, schleuderten sie ihn brutal zu Boden.

Der Polizeiüberfall war die Antwort darauf, daß die Genossen ihre Empörung über das Urteil, das die Entlassung

bestätigte, laut geäußert hatten. Wie Schwerverbrecher wurden die Genossen mit Handschellen und Knebelketten gefesselt und von der Bereitschaftspolizei in ein Polizeifahrzeug gezerrt. Dabei wurde Günter Routhier von den Polizisten rücksichtslos die Treppen hinuntergeworfen, wobei er mehrfach mit dem Kopf aufschlug und das Bewußtsein verlor. Im Polizeipräsidium warf man den immer noch halb bewußtlosen Mann in eine Ausnüchterungszelle. Auf Drängen der Genossen wurde zwar ein Polizeiarzt in die Zelle geholt. Dieser jedoch verhöhnte den Schwerverletzten als Simulanten.

Günter Routhier kam wieder zu Bewußtsein. Er wurde zusammen mit den anderen festgenommenen Kommunisten am Abend freigelassen. Wenige Tage später aber mußte er in ernstem Zustand ins Kranken-



Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier. Wenige Minuten nachdem dieses Foto aufgenommen wurde, fiel die Polizei über den Trauerzug her und knüppelte auf die Trauergäste ein.

haus gebracht werden. Er litt unter unerträglichen Kopfschmerzen sowie unter schweren Gleichgewichtsstörungen und Lichtempfindlichkeit. Am 18. Juni starb Günter Routhier auf der Intensivstation der Neurologie des Essener-Klinikums an einer Gehirnblutung.

Günter Routhier ahnte bereits vor seiner Einlieferung ins Krankenhaus sein Schicksal voraus. Er sagte zu den Duisburger Genossen: „Wenn ich sterbe, müßt ihr die Wahrheit über meinen Tod verbreiten.“ Die Partei und über ihre Reihen hinaus viele fortschrittliche Menschen, scheuten keine Opfer, um dieses Vermächtnis des Genossen Günter Routhier zu erfüllen. Die

Staatsgewalt aber wollte um jeden Preis und mit massivem Terror verhindern, daß an die Öffentlichkeit gelangte, wie und unter welchen Umständen der Kommunist Günter Routhier in Duisburg ums Leben kam.

Im ganzen Bundesgebiet sowie in Westberlin wurden sämtliche Kundgebungen über den Tod Günter Routhiers verboten. Wochenlang wurde jeder Flugblattverteiler von der Polizei verjagt. Alle Ausgaben des „Roten Morgen“, die über die Vorfälle berichteten, wurden verboten und beschlagnahmt. Eine beispiellose Welle von Strafprozessen wurde von der Justiz entfesselt, die sich über Jahre hinziehen sollte und bis heute nicht ganz verébt ist. Rund 200 Menschen sind inzwischen zu Geldstrafen und teilweise sogar zur Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie sich dafür eingesetzt hatten, die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier bekanntzumachen.

durch all diese Maßnahmen nicht unterdrückt werden. Im Gegenteil. Im Verlauf der vielen Routhier-Prozesse wurde sie immer unumstößlicher bewiesen, wurde sie immer breiteren Kreisen der Bevölkerung bekanntgemacht. Die verschiedenen Polizeilügen jedoch, wie etwa die Behauptung, die Blutung im Gehirn Günter Routhiers sei nicht durch äußere Gewalt, sondern spontan zustande gekommen, fielen völlig in sich zusammen. Trotzdem laufen diejenigen, die für den Tod Günter Routhiers verantwortlich sind, bis heute frei herum und sind nach wie vor in Amt und Würden. Sie sind in ihrer Beamtenkarriere sogar noch gefördert worden.

Die Arbeiterklasse wird die politischen Verbrechen der Reaktion nicht vergessen. Ebenso wenig läßt sie die Erinnerung an diejenigen ihrer Vorkämpfer versinken, die im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ihr Wertvollstes geopfert haben, ihr Leben.

Auch die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Tod Günter Routhiers will die Justiz unterdrücken. So läuft gegen den bekannten Liedermacher Walter Mossmann ein Verfahren wegen seiner „Ballade vom zufälligen Tod“. Zur Information unserer Leser drucken wir im folgenden jenen Teil der Ballade ab, der Mossmann von den Staatsanwälten angekreidet wird.

Ballade vom zufälligen Tod von Walter Mossmann (Auszug)

Im Jahr vierundsiebzig kam
Ein Mann umsonst zu Mannesmann
Der war entlassen so über Nacht
Der hat im Streik zu laut gedacht
Und sich um seinen Job gebracht.
Im Juni vierundsiebzig dann
Klagte er gegen Mannesmann
In Duisburg vor dem Arbeitsgericht
Ach, das Gericht war blind und taub
Recht gegen Reichtum gibt es nicht.

In dem Gerichtssaal war es heiß
Mancher Mann schrie laut, wie ich weiß
Und ein Gesang kam aus dem Geschrei

Die „Internationale“ tönt
Häßlich im Ohr der Polizei.

Die schlugen zu mit kaltem Blut
Ich weiß, die schlagen gern und gut
Grade auf's Kommunistenpack
Schlagen mit Lust auf deinen Kopf
Schlagen auf Maul und Bauch und Sack

Günter Routhier war auch dabei
In der Gewalt der Polizei
Er war ihr Opfer — ich sag es laut
Grad weil der Richter jeden jagt
der sich das laut zu sagen traut

Günter Routhier ein Arbeiter
Fröhrentner, wie so mancher, der
Sein Leben im Betrieb ruiniert
„Der ist ein Bluter“, schrien die Leut

Das hat die Polizei gehört

Den Günter Routhier schmissen sie
Die Treppe runter wie ein Vieh
Schleppten ihn ins Präsidium
Schleiften ihn dort — kopfjuten — hoch
Brachten ihn um, ja, brachten ihn um

Zwei Wochen später war er tot
Und in der Stadt gabs ein Verbot
Verboten wurde ein einziges Wort
Seht nur, die Mörder machen Jagd
Bloß auf ein Wort, und das heißt „Mord“

Wenn du das Wort verbreitet hast
Fliegst du gleich in den nächsten Knast

Mensch, diese Mafia ist ja so frei
Die Gangster heißen hierzuland
Staatsanwalt oder Polizei
Zweitausend kamen zum Leichenzug

Zweitausend waren schon genug
Daß auch der Staat zur Leiche kam
Und als das Blut in Duisburg floß
Floß auch ein Sekt bei Mannesmann



Dieses Foto wurde am 5. Juni 1974 von dem Polizeieinsatz am Duisburger Arbeitsgericht gemacht. Es zeigt, wie der bewußtlose Günter Routhier von den Polizisten zum Polizeifahrzeug geschleift wird, nachdem sie ihn im Gerichtsgebäude die Treppen hinuntergeworfen hatten.

Fünf Jahre Routhier-Prozesse

Günter Routhier ist nicht der einzige, der nach einer Konfrontation mit der deutschen Polizei sein Leben lassen mußte. Wie in vielen anderen Fällen hoffte die Polizei den Mantel des Schweigens über diesen „Fall“ decken zu können. Die Genossen und Sympathisanten unserer Partei und andere fortschrittliche Menschen haben ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht und überall die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier verbreitet.

Mit beispielloser Schärfe ging die Justiz gegen diejenigen vor, derer sie bei der Verbreitung der Wahrheit habhaft werden konnte. Nicht selten gab es Gefängnisstrafen wegen der Herausgabe von Flugblättern und Zeitungen, in denen zum Tod Günters Stellung genommen wurde. Ja,

selbst das Aushängen des „Roten Morgen“ Nr. 26/74 im Schaufenster eines Buchladens wurde mit Gefängnis bestraft.

Bis zum August 1977 waren insgesamt 173 Verfahren (darunter auch Strafbefehle) in Sachen Routhier eingeleitet worden. Von diesen Verfahren wurden nur 13 eingestellt, und zwar meistens auch nur deshalb, weil die „Tat“ verjährte. Nur sieben Genossen wurden freigesprochen. Außer vielen Strafbefehlen, die von den Betroffenen bezahlt wurden, gab es Gefängnisstrafen von insgesamt 63 Monaten und einer Woche, darunter auch Jugendarrest. Die Geldstrafen beliefen sich im August 1977 auf insgesamt über 500 000 Mark, die Strafbefehle eingeschlossen.

So hat Hanfried Brenner noch lange an seiner Geldstrafe

abzuzahlen, die sich mit Anwalts- und Gerichtskosten auf 20 000 Mark beläuft, davon allein 2 600 Mark Ordnungsstrafen wegen seines mutigen Auftretens vor Gericht. Allein im Zusammenhang mit dem Flugblatt der KPD/ML „Das ist brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord!“ wurden Geldstrafen von 25 000 Mark verhängt.

4 800 Mark Geldstrafe für Fritz R., weil er ein Flugblatt zum Tod von Günter verteilt haben soll. 3 600 Mark für Hans R. Er hatte ein Plakat geklebt. Peter E. mußte 1 100 Mark dafür bezahlen, daß er am Trauerzug zur Beerdigung Günters teilgenommen hatte. Silke J. wurde sogar zu 4 Wochen Jugendarrest verurteilt, weil sie eine der indizierten Nummern des „Roten Morgen“ verkauft haben soll.

„Beleidigung der Polizei“, „Volksverhetzung“ und „Verächtlichmachung der Bundesrepublik“ nannte die Justiz das „Vergehen“, die Wahrheit über den Tod Günters zu verbreiten. Zunächst hatte sie gute juristische Voraussetzungen dazu. Aber auch, als im Herbst ein neues Gutachten Professor Kraulands bestätigte, daß, entgegen den offiziellen Behauptungen, Günter durch Fremdeinwirkung zu Tode gekommen ist, änderte sich an den Verurteilungen nichts. Die Tatsachen interessierten weiterhin nicht in den Prozessen. Allein das Verbreiten der Tatsachen wurde unter Strafe gestellt.

Die Prozeßwelle um den Tod von Günter Routhier ist ein Meilenstein in der Entwicklung des Bonner Staates zum Faschismus.



Auf der Hultschinerstraße in der Nähe des Duisburger Waldfriedhofs. Kurz vor der Beisetzung des Genossen Günter Routhier: Die Polizei hat den Trauermarsch auseinandergeknüppelt. Passanten helfen einem alten Mann wieder auf die Beine, den Polizisten zu Boden geworfen hatten.



3 000 demonstrierten:

Für das Verbot der „Grauen Wölfe“

Köln. Während der Führer der türkischen, faschistischen „Grauen Wölfe“, Türke, geheim in der Bundesrepublik weilte, um seine Kommandos zu neuen blutigen Aktivitäten anzuspornen, führten in Köln 3 000 Antifaschisten und Demokraten eine Demonstration gegen das Treiben der türkischen Faschisten durch.

Unter den Parolen „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk“, „Türke Mörder“, „Verbot der ‚Grauen Wölfe‘ — Naziläden dicht“ und „Weg mit dem Kriegerrecht in der Türkei“ gaben die Demonstranten die Antwort auf die provokatorische Demonstration türkischer Faschisten vom 20. Mai. Damals war die Unterdrückung der Berichterstattung im Westdeutschen Rundfunk über das Treiben der „Grauen Wölfe“ von den Faschisten verlangt worden.

In einem Flugblatt, das gemeinsam von der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei — Aufbauorganisation (im Ausland) und der KPD/ML zu dieser Demonstration herausgegeben wurde, heißt es:

„In den letzten Monaten wurden viele fortschrittliche Vereine von Arbeitern aus der Türkei oder einzelne Arbeiter von ihnen mit Waffengewalt überfallen; so wurden in

Westberlin die Fensterscheiben eines Arbeitervereins durchschossen, in Frankfurt wurde ein revolutionärer Arbeiter niedergestochen usw.“

In dem Flugblatt wird auch darauf hingewiesen, daß türkische Faschisten und deutsche Neonazis sowie F. J. Strauß zusammenarbeiten, daß aber diese Zusammenarbeit auf dem Hintergrund der wachsenden Faschisierung in Westdeutschland zu sehen ist.

Weiter heißt es: „Deutsche und ausländische Kollegen! Wenn ihr die Unterdrückungsherrschaft eines neuen Faschismus verhindern wollt, kämpft mit uns gemeinsam gegen das Wiederaufkommen des Faschismus in Westdeutschland und Westberlin! Kämpft mit uns gegen die Aktivitäten der westdeutschen Faschisten und gegen die Überfälle der türkischen Faschisten, der ‚Grauen Wölfe‘!“

Die Demonstration, an der außer vielen türkischen Kolle-

gen und anderen Antifaschisten auch Genossen unserer Partei teilnahmen, war ein kämpferischer Ausdruck dieses gemeinsamen Interesses.

Rüsselsheim

Am 2. Juni demonstrierten 400 türkische Kollegen gegen eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe“ in der Stadthalle von Rüsselsheim. In scheinheiliger Manier war die Veranstaltung zunächst von der Stadt Rüsselsheim verboten, dann aber vom Verwaltungsgericht Darmstadt wieder erlaubt worden.

Eine Demonstration von antifaschistischen türkischen Kollegen war von der Stadt Rüsselsheim untersagt worden. Erst als sich 400 türkische Kollegen vor der Polizeiwache in Rüsselsheim versammelten, das Verbot der faschistischen Veranstaltung und die Genehmigung einer Protestdemonstration verlangten, mußte die Protestaktion erlaubt wer-

den.

Die „Zündkerze“, Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel berichtete: „Unter den Parolen ‚Türke — Mörder‘, ‚Verbot von faschistischen Organisationen und Veranstaltungen‘ zogen die Kollegen durch die Innenstadt und riefen vor den Opel-Wohnheimen ihre Kollegen zum Kampf gegen den Faschismus auf.“

Als 40 bis 50 türkische Faschisten eine Provokation verübten und sogar mit einer Gaspistole in die Luft schossen, kam es zu Zusammenstößen, bei denen die Faschisten in die Flucht geschlagen wurden.

Diese Vorfälle wurden von der bürgerlichen Presse in böswilliger Weise hochgespielt. Da war die Rede von vier Schüssen, die abgegeben worden sein sollen; eine Darstellung, die von Teilnehmern der Demonstration entschieden bestritten wurde.

Diese Darstellung soll aber dazu dienen, unter dem Vorwand, keine „Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen mehr zulassen“ zu wollen, in Wirklichkeit gegen die antifaschistischen Aktionen vorzugehen. Die gleiche hinterhältige Taktik verfolgen die Behörden auch mit ihren „Verböten“.

Viele Stadtverwaltungen verbieten zunächst einmal faschistische Aktionen und nehmen die Gelegenheit wahr, sich als „antifaschistisch“ oder „demokratisch“ herauszutupfen, wobei sie aber ganz genau wissen, daß ihre „Verbote“ von den Verwaltungsgerichten doch wieder aufgehoben werden. Diese Taktik wird immer deutlicher erkennbar.

Westberlin

Eine „Initiative gegen die Faschisten aus der Türkei“ wurde jetzt in Westberlin gegründet. Neben mehreren türkischen Arbeitervereinen nehmen der Kultur- und Solidaritätsverein (Halkin Kurtulusu), die KPD/ML und die Antifaschistische Front Westberlin daran teil.

Am 6. 6. führten die Antifaschisten eine Kundgebung am Kottbusser Damm vor dem Markt durch, an derselben Stelle, an der am 4. 5. 79 zehn türkische Genossen von Faschisten krankenhaushausreif geschlagen worden waren.

Bei der Kundgebung, zu der zunächst 300 Antifaschisten kamen, blieben viele Passanten stehen, so daß zeitweise bis zu

500 Personen die Reden der antifaschistischen Organisationen, die Darbietung der Gruppe „Roter Pfeffer“ und den Gesang fortschrittlicher Lieder aus der Türkei verfolgten.

Folgende Resolution verschickte die Initiative an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin und die Ortsvorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften.



Tausende antifaschistische Arbeiter und Studenten aus der Türkei demonstrierten in Köln für das Verbot der „Grauen Wölfe“, einer faschistischen Terrororganisation. Die KPD/ML hat diese Demonstration unterstützt.

Resolution

Die Aktivitäten von Faschisten aus der Türkei nehmen ständig zu. Höhepunkt war ein Überfall auf Demokraten, die am Kottbusser Damm Flugblätter verteilten. Mit Ketten und Messern haben diese Faschisten zehn Flugblattverteiler krankenhaushausreif geschlagen.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe und den Berliner Senat auf, die faschistischen „Grauen Wölfe“ und ihre Tarnorganisationen sofort zu

verbieten und jegliche Aktivitäten der Faschisten aus der Türkei zu unterbinden.

[Es folgt eine Aufzählung der faschistischen türkischen Organisationen, Anmerkung der Redaktion].

Um der Verbotsforderung mehr Nachdruck zu verleihen, fordern wir die Berliner Ortsverwaltung der Einzelgewerkschaften und die Ortsverwaltung des DGB als Dachorganisation auf, eine Demonstration für dieses Ziel zu organisieren.

Bochumer gründeten

„Initiative gegen Polizeiübergreifung“

Die Erschießung des Wittener Lackierers Bernhard Deffner durch die Bochumer Polizei (siehe RM 23/79) war der Anlaß für einige Bochumer Initiativen, für den 7. Juni zu einer Versammlung einzuladen, um das weitere Vorgehen gegen die sich ständig mehrenden Polizeiübergreifung zu besprechen.

Auf dieser Veranstaltung waren Vertreter der Initiative „Weg mit der NPZ-Zentrale in Wattenscheid“, der „Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit“, des „Komitees Innere Sicherheit“, der „Kinderknecht-Initiative“, der „Antifaschistischen Initiative“, der KPD/ML, der Jungsozialisten und andere, sowie mehrere Betroffene von Polizeischüssen bzw. Angehörige von Polizeioffizieren vertreten.

In einer Erklärung zur Erschießung Bernhard Deffners, die von dieser Zusammenkunft gebilligt wurde, heißt es: „In den letzten vier Jahren sind bei insgesamt zehn schwerwiegenden Schießereien weitere sieben Personen verletzt worden. Drei wurden so schwer verletzt, daß sie nur zufällig dem Tode entronnen sind.“ (...) Wir fragen uns, warum in Bochum immer wieder Menschen von der Polizei erschossen werden und wann das endlich aufhört. (...) Wir glauben nicht, daß die Bochumer Polizisten von Natur aus besonders schießwütig sind.

Wir meinen, daß es an der Ausbildung und der Anleitung der Polizeibeamten liegen muß und daß die Verantwortung bei der Polizeiführung zu suchen ist.“

Noch heute haben die Überlebenden oder Angehörigen unter den Auswirkungen der Schießereien zu leiden. So manch einer hat bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig Entschädigung gesehen!

Wie in der Erklärung ebenfalls festgestellt wird, werden die betreffenden Polizisten in der Regel nicht strafrechtlich belangt. So ist zum Beispiel einer der Beamten, der vor zwei Wochen die Schüsse auf einen völlig unschuldigen Zahnarzt abgab, bis auf den heutigen Tag noch nicht einmal vernommen worden.

Dementsprechend wird in der Erklärung gefordert: „Wir fordern rückhaltlose Aufklärung der neuesten Polizeischüsse. Wir fordern die Bestrafung der verantwortlichen Beamten. Wir fordern die Abschaffung der bewaffneten Zivilstreifen. Wir fordern die

Offenlegung der Ausbildung von Bochumer Polizeibeamten. Wir fordern Konsequenzen für die Leitung der Bochumer Polizei, insbesondere den Polizeipräsidenten Bernd.“

Auf der Grundlage dieser Forderungen gründeten die anwesenden Vertreter und Personen dann die „Initiative gegen Polizeiübergreifung“. Diese Initiative sieht es als ihre Aufgabe an, die Todesschußpraktiken der Bochumer Polizei in die Öffentlichkeit zu tragen, den Kampf dagegen organisatorisch zusammenzufassen und die von den Schießereien Betroffenen und um ihre Rechte Prozessierenden zu unterstützen.

Die „Initiative gegen Polizeiübergreifung“ wird sich demnächst um weitere Unterstützung bemühen und zu dem Zweck mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit treten.

Berichtigung

* Im RM 22/79 hatten wir fälschlich von zehn Toten in vier Jahren gesprochen. In Wirklichkeit sind bei zehn Bochumer Polizeischüssen vier Menschen getötet worden.

Gerichtliche Methoden im Prozeß gegen Volker Nieber „Zum Schutze der Rechtsordnung“

Über den Freispruch des Genossen Volker Nieber haben wir bereits im RM 21/79 berichtet. Volker war 1976 wegen angeblicher Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration 1972 in München und wegen „geistiger Rädelsführerschaft“ zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, in der Berufungsverhandlung im Mai 1977 aber freigesprochen worden.

Nach dem Motto „Der Nieber wird jetzt doch verknackt“ wurde dann im Mai 1979 das Revisionsverfahren eröffnet — mit einem neuen Staatsanwalt. Und das waren die skandalösen Methoden des Staatsanwalts:

1. Der Genosse Klaus Kercher war von der Staatsanwaltschaft als Zeuge benannt worden. Die Staatsanwaltschaft zeigte aber ein völliges Desinteresse an der Befragung des Zeugen. Offensichtlich war seine Benennung als Zeuge nichts weiter als ein Aufhänger gewesen, um das ganze Verfahren neu aufrollen zu können!

2. Im Verlauf der Vernehmung des Übersichtszeugen und Ermittlungsleiters Forstner mußte das Gericht zugeben, daß „der Zeuge Forstner vor seiner Zeugenvernehmung auch die Protokolle der vorhergegangenen Verhandlungen gelesen hat“! Wahrscheinlich hatte Forstner sogar Einblick in sämtliche Aktenvorgänge in diesem Verfahren!

3. Offen wurde zugegeben, daß der Polizeizeuge Gromer

die Aufgabe hatte, zu einem umstrittenen Foto nicht Aussagen zu sammeln, sondern ausdrücklich „einen geeigneten gerichtsverwertbaren Zeugen zu finden“! Entlastende Aussagen wurden gar nicht in die Akten aufgenommen.

4. Mit Hilfe eines gefälschten Dokuments und eines Spitzels der Staatsschutzabteilung versuchte der Staatsanwalt in seiner Beweisnot, die Gesinnung Volkers herauszustellen und darauf eine Verurteilung zu begründen.

5. In seinem Plädoyer gibt der Staatsanwalt offen zu, daß die gesamten Zeugenaussagen eigentlich gar nicht wichtig und nur von geringem Wert seien. Das wichtigste Indiz sei das Verhalten des Angeklagten in der Verhandlung und die Art der Verteidigung! Volker hätte nicht bestritten, Mitglied der KPD/ML zu sein, er hätte sich geweigert, zur Sache seiner Beteiligung an der RAKT-Demonstration auszusagen und er hätte im Verlaufe seiner Verteidigung so geschickte und genaue Fragen an die Zeugen

gestellt — da sei es eine klare Sache, daß er 1972 dabei gewesen sei!

6. Eine drastische Strafe von 16 Monaten ohne Bewährung hielt der Staatsanwalt für erforderlich, zum Zwecke der „Generalprävention“ (sprich: allgemeine Abschreckung), „zum Schutze der Rechtsordnung“ und damit „das Volk seinen Glauben an den Bestand der geltenden Rechtsordnung nicht verliert“!

Das Plädoyer des Staatsanwalts war eine einzige offene Aufforderung zu politischer Gesinnungsjustiz. Nachdem das Gericht aber, angesichts einer katastrophalen Beweislage und unter dem Eindruck einer breiten Solidarität, sich die Aussichtslosigkeit des Verfahrens vor Augen geführt hatte, mußte Volker freigesprochen werden. Der Freispruch erfolgte nicht, ohne daß der Richter in der Urteilsbegründung noch die Gesinnungspraktiken des Staatsanwalts ungeschehen zu machen und mit schönen Worten den „Rechtsstaat“ herauszukehren versuchte.

Italienische Faschisten bekamen eins auf den Deckel

Volkskorrespondenz aus Wolfsburg

Im Rahmen der Europawahlen ließen sich die italienischen Faschisten eine Provokation einfallen: Sie sandten den Faschisten Pino Romualdi nach Wolfsburg, um dort für die MSI - die heutige faschistische Partei zu werben. Pino Romualdi war Vizepräsident der ehemaligen faschistischen Partei Italiens während der Saló-Republik von 1944 bis 1945 (eins der blutigsten Kapitel Italiens).

Die italienischen Metallkollegen waren äußerst empört, daß dieser Bluthund hier auftreten durfte. Natürlich hatte er eine Einreiseerlaubnis und der Wolfsburger Stadtrat meinte, man habe keine Handhabe, das Auftreten zu verhindern.

Dessen ungeachtet riefen das Einheitskomitee der italienischen Vereine und der DGB für den 27. Mai zu einer Demonstration auf. Auch die KPD/ML und die RGO mobilisierten zu dieser Demonstration.

Etwa 350 Demonstranten versammelten sich in der Nähe des Faschistentreffs vor dem Wolfsburger Rathaus. Die KPD/ML hatte sich gut vorbereitet: 130 Flugblätter wurden verteilt, mehrere Rote Rebellen verkauft, eine Anzahl Roter Morgen wurde verschickt. Transparente waren angefertigt - das alles innerhalb von 24 Stunden.

In dem Flugblatt wurde zu den Europawahlen Stellung genommen. Es wurde anhand des Engagements der Faschisten für dieses Europa entlarvt, welchen Charakter die EG hat, daß man nicht an den Wahlen teilnehmen sollte. Es wurde aufgefordert, den Faschisten Romualdi aus Wolfsburg zu vertreiben.

Zahlreiche Wolfsburger wurden durch diese Demonstration angesprochen. Es versammelte sich eine ganze Menge Zuschauer. Als die Faschisten anrückten, bezog die Demonstration gegenüber dem

Faschistentreff Stellung. Pfiffe, Buhrufe und Parolen wie „Nazis raus“, „Tööt dem Nazis raus“, „Tod dem ie Italiener stimmten das Lied „Bella Ciao“ an.

Natürlich fehlten nicht die Polizisten, um die Faschisten zu schützen. Am Wolfsburger Polizeizentrum standen Polizeieinheiten aus Braunschweig und ein Wasserwerfer in Bereitschaft, um gegen die Gewerkschafter vorzugehen.

Den Faschisten ging die Muffe, und sie zogen sich zurück, indem sie die Veranstaltung nach Sülfeld, ein Dorf in der Nähe Wolfsburgs, verlegten. Sofort fuhr ein Teil der Demonstranten nach Sülfeld. Allerdings blieben die Italiener in Wolfsburg und beendeten ihre Aktion, nachdem eine heftige Diskussion zwischen ihren Organisationen stattgefunden hatte. Die Kräfte, die sich nur im legalen Rahmen bewegen wollten, behielten dabei die Oberhand.

So waren in Sülfeld nur etwa 50 bis 80 Demonstranten versammelt, die die Zufahrt zum Lokal versperrten und Ketten bildeten. Die Spaltung durch die reformistischen Kräfte war gelungen. Dadurch konnte die Polizei viel aggressiver vorgehen. Unter Mithilfe der Nazis wurden einzelne Demonstranten herausgegriffen und die Personalien festgestellt.

Als die Polizei einen Angriff versuchte, konnte das abgewehrt werden. Lautstark schallte die Losung „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ im Dorf. Die Polizei zog sich wiederum zurück. Zahlreiche Dorfbewohner kamen aus den Häusern und verfolgten die Auseinandersetzung.

Schließlich brachen wir die Blockierung der Einfahrt ab, als klar wurde, daß die Polizei und die Nazis einen frontalen Angriff abziehen und die Einfahrt freizuknüpfeln beabsichtigten. Mit den vorhandenen Kräften wäre es nicht möglich gewesen, erfolgreich standzuhalten, weil Polizei- und Nazikräfte mindestens ebenso stark waren.

Es war ein Erfolg, daß die Nazis aus Wolfsburg verschwanden, daß auch die Sülfelder Bevölkerung aufmerksam wurde, daß die Nazis ihre Veranstaltung nicht so abziehen konnten wie sie es wollten und dadurch auch weniger Teilnehmer als geplant hatten.

— Anzeige —



Rotkehlchen Krankenhausreif

- Krankenhausbetten sind knapp
- Es kam ein Mann ins Krankenhaus
- Die Bettenstreicher

Wir haben zur Unterstützung der Protestbewegung an den Berliner Krankenhäusern drei Lieder verfaßt bzw. einstudiert. Sie handeln von den vielfältigen und himmelschreienden Mißständen in der Krankenversorgung. Das Lied nach einem Text von Erich Kästner ist schon älter: Es entstand im Jahre 1930 und berichtet mit schwarzem Humor von der auch heute noch gültigen Tatsache, daß man sich in den Krankenhäusern nicht die Zeit nehmen kann, die sozialen Ursachen der Krankheiten aufzudecken, sondern lediglich mit einer Medikamenten- und Operationstherapie der Krankheit zu Leibe rückt. Mit dem gassenhauerartigen Song „Krankenhausbetten sind knapp“ soll in satirischer Form die Mär vom Bettenberg aufs Korn genommen werden, während im Lied von den „Bettenstreichern“ die Verantwortlichen ihre Abreibung beziehen. Dieser Lieder sind zum häufigen Gebrauch in der politischen Auseinandersetzung gedacht.

Viel Erfolg! Berlin, im April 1979, Eure Rotkehlchen aus Berlin. Erhältlich bei: R. Lasicki, Stubenrauchstr. 30, 1 Berlin 41, Tel. 851 33 28, Preis: 6 Mark.



Gegendemonstranten stellten sich in Sülfeld dem Wagen der italienischen Faschisten entgegen, um ihn an der Zufahrt zum Versammlungsort zu hindern.

Landgericht Heidelberg: 22 Monate Gefängnis für kommunistischen Anwalt

Volkskorrespondenz aus Heidelberg

Am 28.5.79 sprach das Landgericht Heidelberg unter Vorsitz von Richter Gutmacher eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung von 22 Monaten gegen den Rechtsanwalt Gerhard Hårdle aus. Hårdle, der Mitglied des KBW ist, war angeklagt wegen falscher eidlicher Aussage, Landfriedensbruch, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung. Dieses Urteil sollte der Schlußakt eines 48 Tage dauernden Schauprozesses sein.

Daß es bei diesem Prozeß nicht um die Wahrheitsfindung ging, war jedem klar, der dieses Spektakel verfolgen konnte. Schon vor über einem Monat waren alle Anklagepunkte durch die unübersehbaren Widersprüche in den Aussagen der Belastungszeugen (hauptsächlich Polizisten) und durch eine

Vielzahl von Entlastungszeugen widerlegt. Deshalb konnte sich die Staatsanwaltschaft in der Begründung ihres Antrags auch nicht auf die juristische Seite beschränken, sondern mußte den politischen Zweck, nämlich die Ausschaltung eines kommunistischen Anwalts, offenlegen.

Von zahlreichen Resolutionen, in denen die Einstellung des Verfahrens gefordert wurde, von einer ständig zahlreichen Zuschauermenge, von Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen in der Stadt unter Druck gesetzt, behauptete der Richter bei der Urteilsbegründung frech, die Gesinnung des „Angeklagten“ habe bei der Ermessung der Strafe ebenso wenig eine Rolle gespielt wie dessen Schuhgröße.

Dieses ungeheuerliche Urteil ist nur denen vergleichbar, die

in den 50er und 60er Jahren gegen Mitglieder oder Sympathisanten der KPD ausgesprochen wurden. Dies zeigt den Zusammenhang zwischen diesem Prozeß und dem Feldzug der Justiz gegen die KPD in den 50er und 60er Jahren, mit dem die Vernichtung der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse betrieben wurde dadurch, daß planmäßig Tausende von Kommunisten für ihre Gesinnung und zur Unterdrückung des Marxismus-Leninismus schlicht und einfach hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden.

Mit diesem Terrorurteil soll die Durchsetzung der politischen Prozesse, die Verhängung massenhafter Gefängnisurteile und damit die Erstreckung jeder revolutionären und demokratischen Bewegung ermöglicht und erleichtert werden, indem einer ihrer Anwälte ausgeschaltet wird und gleichzeitig die übrigen zur Verteidigung in solchen Fällen bereiten Anwälte massiv abgeschreckt werden. Dieses Urteil darf nicht hingenommen werden!

Schickt Protestresolutionen an das Landgericht Heidelberg (Richter Gutmacher und Staatsanwalt Johe), Kurfürstenanlage, 6900 Heidelberg. Spendet auf den Rechtshilfefonds, Bezirkssparkasse Heidelberg, Konto-Nr.: 1512889, Stichwort: Hårdle-Prozeß!

Zu Sonderpreisen * Zu Sonderpreisen * Zu Sonderpreisen

Albanien für Kenner und solche, die es werden wollen

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens bietet als Sonderleistung eine Reise an, die auch alte Albanienfahrer begeistern wird • Eine Rundreise durch Orte, die bisher kaum besucht wurden • Nach

fünf erholsamen Tagen am Strand von Durres geht es kreuz und quer durch den Süden Albaniens: zwei Tage Saranischen Riviera • Von dort aus Besuch der antiken Ausgrabungsstätte Butrint • Ausflug nach dem Küstenort Borsh • Zwei Tage in Gjirokastra, der berühmten Museumsstadt • Besuch der LPG Libohove mit Essen im Terrassenhängenkastra, der be- • Fahrt in das südöstliche Gebirge zu freien • Fahrt in Permeti • Ein Tag in der historischen Stadt Vlorë • Besuch in der Glühlampenfabrik Vlorë • Stadtbummel in Tirana • Fahrt über Skanderbegs Kruja nach Lezha, das vom Erdbeben stark beschädigt wurde • Aufenthalt in Durres • Die Preise (incl. Flug Düsseldorf — Tirana, Vollpension, Ausflüge, Nebenkosten): für zwei Wochen (6. Juli-20. Juli) Sonderpreis DM 895 (statt DM 995), für drei Wochen (7. September bis 28. September) DM 1120

Achtung! Für Kurzentschlossene! Wer sich jetzt noch für eine der Reisen am 6. Juli anmeldet, zahlt 100 DM weniger. Also auch für die reguläre Zwei-Wochen-Reise statt 745, — nur noch 645, — DM

Anmeldung und weitere Informationen: GFA, Postfach 111 605, 2 HH 11 Tel.: 040/8502 736

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- | | |
|---|--|
| ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML | ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren |
| ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ | ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden |

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellingerhofstraße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1949, wurde das sogenannte Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Am 23. Mai 1949 trat es in Kraft. Die Spaltung Deutschlands war damit besiegelt. Die Weichen waren gestellt für eine Entwicklung, die das deutsche Volk damals wie heute unheilvoll belastet. In einer Artikelserie befaßt sich der „Rote Morgen“ mit der Vorbereitung und Gründung des westdeutschen Separatstaates. In den Nummern 19, 20 und 21 untersuchten wir bereits Hergang und Hintergründe der Spaltung Deutschlands sowie der Währungsreform. Der erste Teil des untenstehenden Artikels erschien im „Roten Morgen“ Nr. 22.

30 Jahre Bundesrepublik

So wurde der Kapitalismus gerettet

2. Folge

„Ich habe nichts dagegen, daß ihr mich ‚entflechtet‘, solange ihr die Struktur meines Unternehmens in Deutschland nicht verändert und euch nicht in meine Angelegenheiten im Ausland einmischet.“ — Dies sagte der Monopolist Bosch, Inhaber des Kriegsverbrecherkonzerns Robert Bosch, der für gewisse Artikel der Elektroindustrie, Magneten, Dynamos und Brennstoff-Einspritzpumpen für Diesel- und Flugzeugmotoren das Weltmonopol besaß. Boschs Äußerung charakterisiert in zynischer Offenheit und Knappheit das ganze „Entflechtungsprogramm“ der westlichen Besatzungsmächte, das wir in der letzten Folge bereits beschrieben haben.

Adenauer, Lehr, Pferdmenges

Entsprechend der Wiederherstellung der deutschen Trusts und Monopole wurden auch die deutschen Verwaltungsstellen zunächst der Westzonen, dann des neugezimmerten Bonner Staates mit bewährten Parteigängern des Monopol- und Finanzkapitals besetzt.

Der erste Kanzler der deutschen Bundesrepublik, Adenauer, war ein typischer Vertreter des deutschen Finanzkapitals. Lange Jahre war er Direktor der Deutschen Bank gewesen. Mit dem amerikanischen Finanzkapital war er buchstäblich verwandt: der Direktor des amerikanischen Bankhauses J.P. Morgan & Co. war sein Schwager. Ohne irgendwelche Hemmungen nahm Adenauer auch als Kanzler Geschenke der Großindustrie entgegen. Seine Politik machte er ganz im Sinne der großen Konzerne. Mit dem Namen Adenauer sind daher die übelsten Wendungen und Erscheinungen der deutschen Nachkriegsgeschichte verknüpft: der Antikommunismus, das KPD-Verbot, die Remilitarisierung, das Aufheben des kalten Krieges, das skrupellose Spiel mit einem dritten Weltkrieg, der Ausverkauf Deutschlands an die amerikanischen Imperialisten usw.

Adenauers Innenminister war zunächst ein Dr. Robert Lehr, der als Vertrauensperson der westdeutschen Montanindustrie vor 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf war. Lehr war 1932 zugegen, als Hitler seine berühmte Rede im Düsseldorfer Industrieclub hielt, und machte da die persönliche Bekanntschaft Hitlers. Bis zur Übernahme seines Innenministeriums war Lehr in einer ganzen Anzahl von Aufsichtsräten tätig, vor allem bei den Vereinigten Stahlwerken AG, die er nun direkt in der Regierung Adenauer vertrat.

Der Finanzberater Adenauers war ein gewisser Dr. Robert Pferdmenges. Pferdmenges war zu Hitlers Zeiten einer der Direktoren der Disconto-Bank.

Pferdmenges gehörte zu den Finanziers der Hitler-Herrschaft und profitierte von ihr; während der „Reichskristallnacht“ beispielsweise „arisierter“ er das Kölner Bankhaus Salomon Oppenheim & Cie., das fortan den Namen „Pferdmenges“ trug. Pferd-

in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu be-



Kollegen fordern die Enteignung der Kapitalisten.

menges stand — gemeinsam mit anderen Häuptern deutschen Unternehmertums — auf der Kriegsverbrecherliste. Er war jedoch bei weitem nicht der einzige der Kriegsverbrecher und alten Nazis, die überhaupt die Substanz der Regierung Adenauers bildeten.

Der Bonner Staat war auch ein Produkt der Sabotage der antiimperialistischen und antimonopolistischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Er wurde gebildet als staatlicher Apparat der reorganisierten Kriegsverbrecherkonzerne und -banken. Als solcher nahm er unverzüglich seinen Platz in der Front des kalten Krieges der imperialistischen Westmächte — allen voran die USA — gegen die damaligen sozialistischen Länder ein.

„Reibungen“

Die Sabotage der antimonopolistischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in den späteren vierzig Jahren durch die westlichen imperialistischen Besatzungsmächte ging nicht ohne „Reibungen“ in den eigenen Militärapparaten vor sich. Es gab einzelne Personen zum Beispiel im amerikanischen Lager, die die vereinbarten Maßnahmen vertragsgetreu durchzuführen versuchten, aber sie wurden einer nach dem anderen aus ihren Stellen entfernt; oft legten sie auch, angewidert oder gekränkt, aus eigenem Entschluß ihre Ämter nieder. So erklärte der Leiter des Amtes für Entkartellisierung bei der amerikanischen Militärregierung, James Martin, im Juli 1947:

„Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften

handeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden.“

Für Enteignung der Konzerne

Den größten Widerstand aber setzte den Bemühungen zur Wiederherstellung des Kapitalismus die Bevölkerung in den Westzonen, vor allem die Arbeiterklasse, entgegen. In den Jahren 1946 und 1947 entstand eine Massenbewegung für die Entmachtung der Monopole, für eine Umgestaltung der Macht- und Besitzverhältnisse. Unmittelbarer Anlaß der Aktionen war die unerträglich gewordene materielle Lage der werktätigen Bevölkerung: In den Westzonen herrschte die durch die Hungerpolitik der westlichen Besatzungsbehörden und ihrer deutschen imperialistischen Freunde hervorgerufene „Lebensmittelkrise“; die Arbeiter erhielten oft nicht einmal die niedrigen Lebensmittelmengen. Ermutigt wurden die notleidenden Massen in ihren Aktionen von dem Beispiel der gleichzeitig im Osten Deutschlands vor sich gehenden antifaschistischen und antimonopolistischen Umgestaltungen.

Die KPD griff in den Westzonen als führende Kraft in die Massenkämpfe ein. Bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 hatte die KPD entsprechende Maßnahmen gegen die Kartellherren und Banker, die Verderber Deutschlands, gefordert, so unter anderem: die Liquidierung des Großgrundbesitzes und die Übergabe aller je-

ner Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, in die Hände der Selbstverwaltungen der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

Das Hauptzentrum des Kampfes der werktätigen Massen zur Enteignung der Konzerne wurde Nordrhein-Westfalen; hier war die wirtschaftliche Basis der Kohle- und Stahlbarone, die Hitler an die Macht gehieft hatten. Die KPD, der damals 38 Prozent aller Betriebsräte angehörten, organisierte 1946 auf 15 Schachtanlagen eine demokratische Probeabstimmung, an der sich insgesamt über 20 000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. 89 Prozent von ihnen erklärten sich für die entschädigungslose Enteignung der Grubenbarone. Auf 32 Schachtanlagen mit etwa 50 000 Arbeitern wurden Entschließungen für die Enteignung der Gruben und für die Durchführung eines entsprechenden Volksentscheids angenommen. 95 Delegationen, die mehr als 100 000 Arbeiter vertraten, führten schließlich nach Düsseldorf, um dem Landtag dort die Forderungen der Werktätigen vorzutragen. Der Landtag, in dem CDU und SPD die Mehrheit hatten, hörte die Delegationen jedoch nicht einmal an.

Der Fall Hessen

In Hessen wurde am 1. Dezember 1946 der Entwurf einer Verfassung zur Volksabstimmung gestellt. Der Entwurf sah neben Artikeln über die Bodenreform, über gleichen Lohn für gleiche Arbeit, über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auch Sozialisierungen vor. Der entsprechende Artikel 41 lautete:

„Mit Inkrafttreten der Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet die Großbanken und Versicherungsunternehmen.“

Der amerikanische Militär-

weniger, als für die gesamte Verfassung stimmten (76,6%). Nicht anders als im Osten Deutschlands sprach sich auch in den Westzonen, soweit sie befragt wurde, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für die Sozialisierung aus.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden aber, die sich in ihren Worten demokratisch gaben, respektierten den Willen der Bevölkerung nicht. Sie erklärten sich sofort gegen den Paragraphen 41 und verboten schließlich faktisch seine Durchführung. Clay erklärte: „In einer Zeit, in der die USA so viel Geld aus eigener Tasche zahlen, um Deutschland zu unterstützen, haben sie auch das Recht, ihre Meinung zu sagen und Experimente nicht zuzulassen.“ — Daß die englischen Besatzungsbehörden sich nicht anders verhielten als die amerikanischen, zeigte sich im Jahr 1948 in Nordrhein-Westfalen. Hier nahm der Landtag im August 1948 ein Gesetz zur Enteignung des Kohlenbergbaus an. Die britische Militärregierung untersagte jedoch prompt seine Durchführung.

Massenaktionen 1947

Machtvolle Aktionen der Arbeiterklasse zur Enteignung der Konzernherren entwickelten sich noch im Frühjahr 1947 in den Westzonen. Im Ruhrgebiet kam es zu neuen Streiks und Demonstrationen. Eine Betriebsrätekonferenz des Essener Gebietes verabschiedete eine Resolution, in der unter anderem gefordert wurde: die schonungslose Säuberung aller öffentlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsorganisationen von faschistischen und reaktionären Elementen; die Verstaatlichung der Bergbaubetriebe; die entschädigungslose Enteignung und Überführung der Schlüsselindustrien und der Betriebe der Kriegsverbrecher und Nazis in öffentliche Hand. Die auf der Essener Konferenz aufgestellten Forderungen prägten in der Folgezeit den Inhalt der zahlreichen und großen Proteststreiks und Demonstrationen.



Am 30. Juni 1946 forderten 77,62 Prozent der abstimmungsberechtigten Bevölkerung Sachsens in einem Volksentscheid die Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in Volkseigentum. Das Foto wurde 1946 in Dresden aufgenommen.

gouverneur Clay bestand darauf, daß über den Paragraphen 41 gesondert abgestimmt werden müsse. Eine Frage von so weittragender Bedeutung, hieß es, könne nicht mit den übrigen Punkten der Verfassung zusammengepackt werden. Die Hoffnung Clays jedoch, daß die überwiegende Mehrheit der Wähler den Paragraphen ablehnen würde, erfüllte sich nicht. Für den Artikel 41 stimmten 71,9% der Wähler; das waren nur geringfügig

Am 25. März 1947 streikten in Wuppertal 80 000, in Stuttgart 6 000 Arbeiter. Am 28. März demonstrierten 80 000 Werktätige durch Düsseldorf, am 9. Mai in Hamburg waren es 200 000. Den Höhepunkt der Bewegung bildete der Streik der Bergarbeiter des Ruhrgebietes am 3. April 1947, an dem sich über 300 000 Arbeiter beteiligten.

Gegen die Massenbewegung gingen die Besatzungsbehörden mit verschiedenen Unterdrück-

kungsmaßnahmen, mit Verboten und Drohungen, vor. So erklärte der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Hessen, James R. Newman, am 16. Mai 1947:

„Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmächte gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden. ... Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der Todesstrafe belegt werden können. ... Mit Agitatoren wird ungeachtet ihrer Position sofort abgerechnet werden.“

Die Massenbewegung, wenn sie auch die Konzernherren und die westlichen Besatzungsmächte in Bedrängnis brachte und ihnen Zugeständnisse abrang, konnte insgesamt die Wiederbelebung des Kapitalismus in den Westzonen nicht verhindern. Die SPD-Führung, die großen Einfluß besaß, verzichtete darauf, die Kämpfe voranzutreiben; einzelne SPD-Führer distanzieren sich sogar öffentlich von den Massenaktionen. Im Verein mit dem Eingreifen der westlichen Besatzungstruppen verhinderte die SPD-Führung die Entmachtung des Monopolkapitals in den Westzonen.

Wesentlich zum Abflauen der Kämpfe trugen auch die Illusionen der Arbeiter über die Einführung der sogenannten Mitbestimmung bei. Sie übersahen, daß bei Beibehaltung der Herrschaft der Monopolisten diese Mitbestimmung nur Fassade und schmückendes Beiwerk der Ausbeutung sein konnte. Von den Monopolisten wurde die Mitbestimmung direkt als Instrument zum Abwürgen der Sozialisierungs-bewegung eingesetzt. Heinrich Dinkelbach, der „Treuhänder“ des Stahltrusts, bekannte: „Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen.“

Die KPD konnte trotz massiver Behinderungen, Verbote und des sich verschärfenden Klimas des Antikommunismus ihren Einfluß ausbreiten. Trotzdem schaffte es auch sie nicht, die Bewegung zu einem Erfolg zu führen. Ein wesentlicher Grund hierfür waren die ungeheuren Verluste an erfahrenen Kadern, die der Faschismus der KPD zugefügt hatte; die Lücken waren durch viele neue und unerfahrene Genossen gefüllt worden, für die die Massenbewegung zur Entmachtung der Monopolherren die erste Bewährungsprobe bedeutete.

Das Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus ist nicht die strahlende Heldenlegende, als die es in den Reden seiner Politiker erscheint. Es ist eine schmutzige Geschichte. Unter Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, gestützt auf die bewaffneten Kräfte der Besatzungsmächte, unter Mißachtung des Volkswillens und als ein Ergebnis der Unterdrückung der demokratischen, antifaschistischen und antimonopolistischen Bestrebungen und Kämpfe des deutschen Volkes — so wurde im Westen Deutschlands der Kapitalismus gerettet.



Fotoplakat zum 5. Mai, dem Tag der gefallenen Helden des Befreiungskampfes



Die Pflege der Volkskunst wird in Albanien groß geschrieben.



Der 5. Mai ist der Tag, da das albanische Volk seiner im Befreiungskampf gefallenen Helden gedenkt. Zu diesem Anlaß versammelten sich auf dem Partisanenfriedhof bei Tirana auch in diesem Jahr die Einwohner der Hauptstadt zusammen mit Partei- und Staatsführern.



In Albanien gibt es keinen Mangel an Kindergärten.



Auch in den Volkstänzen kommt zum Ausdruck, daß das Volk die Macht in der Hand hält und daher auch bewaffnet ist.

35 Jahre alt wird in diesem Herbst die SVR Albanien, das einzige Land auf der Welt, in dem die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hält. Und dieses Jubiläumsjahr ist wahrhaftig reich an Ereignissen, auch solchen, die nicht gerade zu einem Geburtstag passen. Da sind die großen Schäden, die das Erdbeben vom April im Norden des Landes angerichtet hat.

Und da sind auch wirtschaftliche Schäden anderer Art, diejenigen nämlich, die die chinesischen Revisionisten ange richtet haben, als sie einseitig alle Verträge zerrissen und zur verstärkten Sabotage übergingen. Aber beides wird von den Albanern gemeistert. Bis zum 1. Oktober werden die Schäden des Erdbebens beseitigt, die zerstörten Ortschaften

Brigadeversammlung im Enver-Werk

Wie der Hof einer jeden albanischen Fabrik, so hat auch der des Enver-Werkes in Tirana einen besonderen Blickfang. Es ist die große buntbeschriftete Anschlagtafel, die hier inmitten von üppigen Blumenrabatten steht. Sauerlich untereinander sind dort auf der einen Hälfte die Pläne des Betriebs aufgeführt, ebenso wie die aktuellen Ergebnisse bei ihrer Erfüllung.

Der andere Teil der Tafel ist mit einer Unzahl kleiner und großer Zettel bedeckt. „Flete Rrufe“, steht in dicken Lettern darüber geschrieben. Blitzbriefe bedeutet das, so erklärt man mir, und das Ganze ist eine für Albanien typische Form der sozialistischen Demokratie. Wem immer der Schuh drückt, der macht hier Mitteilung davon und schreibt sein Problem auf. Ich lasse mir einen Zettel übersetzen, auf dem ein Arbeiter die mangelhafte Materialzufuhr für seine Maschine kritisiert.

Und obwohl dieser Kollege sein Schreiben nicht mit der Post befördert hat und es hier als offener Brief im wahrsten Sinne des Wortes aushängt, hat auch der Blitzbrief seinen Adressaten. Denn jedes Problem hat ja seine Ursachen, und es gibt Menschen, die diese Ursachen herbeigeführt haben. So hat denn der besagte Arbeiter seinen Brief an die Genossen der Materialbeschaffung gerichtet. Und wie es sich für einen anständigen Briefwechsel gehört, auch wenn er sich auf einer großen Anschlagtafel abspielt, kann der Schreiber auch eine Antwort erwarten. Das ist hier keine Frage der Höflichkeit, sondern sozusagen ehernes Gesetz.

Keine Kritik darf ungeprüft und unbeantwortet bleiben. So müssen denn auch die hier angesprochenen Genossen in einer bestimmten Frist die vorgetragene Beschwerde prüfen, und wenn sie richtig ist, ihrerseits einen Blitzbrief anschlagen, in dem sie darlegen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenken, um die Materialzufuhr zu sichern. Geschieht das zur Zufriedenheit des Kritikers, so wird er sicher noch einen Dank-Blitzbrief nachschicken und der Briefwechsel ist damit abgeschlossen.

Aber nicht nur Kritisches hängt hier aus unter der Rubrik „Flete Rrufe“. Auf vielen Zetteln wird auch Lob ausgesprochen, für die vorbildliche Haltung eines Arbeitskollegen, für eine besondere Leistung. Und was die Probleme angeht, so werden sie von den albanischen Arbeitern durchaus nicht nur per öffentlichem Briefverkehr gelöst. Das sollte ich im Enver-Werk selbst erfahren.

Vor der Anschlagtafel treffen wir den Chefingenieur des Betriebes. Er ist auf dem Weg in

eine Abteilung, wo die Arbeiter ihre allwöchentliche Versammlung abhalten wollen. Und an diesem Sonabend haben sie verlangt, daß der Ingenieur zu ihnen kommt. Es sind einige Schwierigkeiten aufgetaucht, die sie geklärt haben wollen. Ob ich Interesse habe, mitzukommen? Natürlich habe ich. Während wir zusammen über den Hof gehen, erfahre ich, daß in der Abteilung, die wir besuchen werden, hauptsächlich

den vorderen Teil der Halle. Holzbänke werden aus den Ecken geholt und im Halbkreis aufgestellt. Etwa dreißig Kollegen sind es, die im Halbrund Platz nehmen. Der Chefingenieur wird freundlich begrüßt. Auch der Abteilungsleiter und der Technologe für den Werkzeugbau sind inzwischen gekommen. Die Stimmung ist gelöst, Scherzworte fliegen hin und her.

Man spürt gleich, daß es

genden Aufgaben. Da ist zum Beispiel ein Ersatzteil für den Tatra, einen in Albanien vielgefahrenen polnischen Lastwagen. Die Revisionisten in Warschau haben einen Lieferstop verhängt. Jetzt gilt es, dieses Teil möglichst schnell selbst zu produzieren. Daneben müssen natürlich auch die wachsenden Bedürfnisse der anderen Abteilungen nach Werkzeugen erfüllt werden. Das ist ja die hauptsächliche Aufgabe dieser Abtei-



Eine Werkshalle im Enver-Werk.

Werkzeuge wie Fräsen oder Drehstühle hergestellt werden. Und die Arbeiter sind unzufrieden mit den Zeichnungen, nach denen sie die Werkstücke fertigen müssen.

Als wir die Halle betreten, sind alle noch bei der Arbeit. Mir sticht als erstes eine Drehbank ins Auge, die unmittelbar neben der Tür steht; oder genauer gesagt, ein großer roter Wimpel, der auf dem Motorkasten prangt. Vor der Maschine steht ein älterer Arbeiter, der gerade ein Werkstück einspannt. Ich frage ihn, was dieser Wimpel zu bedeuten hat. „Es gibt einen Wettbewerb“, ist die Antwort. „Er wird zwischen uns, das heißt den drei Drehern, die abwechselnd an dieser Maschine arbeiten, und den Kollegen der benachbarten Drehbank ausgetragen. Das Ziel dabei ist die möglichst gute Pflege der Maschinen sicherzustellen. Und wir liegen damit im Augenblick vorn. Deshalb haben wir den Wimpel bekommen.“

Inzwischen hat ein Arbeiter nach dem anderen seine Maschine ausgeschaltet. Die Arbeitsgeräusche werden immer schwächer, nur von draußen dringt in kurzen Abständen das metallische Stampfen der Presse herein. Die Arbeiter kommen langsam in kleinen Gruppen in

hier nicht die eisige Konfrontation gibt, wie sie bei uns auf Betriebsversammlungen aus gutem Grund kennzeichnend ist — hier die Arbeiter, dort die Bosse und ihre eifrigsten Freunde aus dem Betriebsrat. Aber wie sollte das auch in der Werkzeugmacherei des Enver-Werkes so sein? Hier sitzen sich nicht Menschen mit verschiedenen Klasseninteressen gegenüber, sondern Werktätige aus verschiedenen Bereichen, durch ein gemeinsames Ziel verbunden. Hier müssen die Arbeiter nicht darum kämpfen, „denen da oben“ das eine oder andere Zugeständnis abzurufen. Im Enver-Werk sind die Arbeiter selbst die Herren der Fabrik, und gemeinsam mit den technischen Kadern gehen sie daran, alles zu beseitigen, was einer schwungvollen Entwicklung der Produktion im Wege steht.

Der Abteilungsleiter beginnt die Versammlung mit einem kurzem Überblick. Die Abteilung hat ihre Aufgaben im allgemeinen erfüllt. Es ist in der vergangenen Woche ein neues Werkzeug zum ersten Mal gefertigt worden, mit guter Qualität.

Aber der Genosse hält sich nicht lange bei den Erfolgen der Vorwoche auf. Er richtet die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die vor der Abteilung lie-

lung. Als erster der Arbeiter ergreift der Dreher Bashkim das Wort. Er kommt gleich zur Sache. Kurz berichtet er über die Aufgaben, die er in der vergangenen Woche zu bewältigen hatte und geht dann auf die Schwierigkeiten ein, die dabei aufgetaucht sind. „Die Zeichnungen, die wir bekommen haben“, so sagt er, „sind fehlerhaft gewesen. Das Stück, das ich danach gefertigt habe, war Ausschuß. Und eine ganze Woche habe ich gebraucht, um die Fehler zu finden und ein neues einwandfreies Stück zu machen.“

So etwas darf nicht vorkommen, meint Bashkim. Die Genossen müssen sich mehr Mühe geben und sorgfältiger arbeiten. Deshalb hätten die Kollegen der Abteilung auch den Genossen Chefingenieur bei dieser Versammlung haben wollen. Man müßte sich gemeinsam überlegen, wie solche Pannen ausgemerzt werden könnten.

Aber nicht nur die Sache mit den fehlerhaften Zeichnungen wird bei dieser Versammlung diskutiert. Nach und nach steht ein Arbeiter nach dem anderen auf und spricht über das, was ihm in der Woche aufgestoßen ist. Ein Fräser berichtet darüber, daß er mit der

Arbeit von zweien seiner Kollegen nicht zufrieden gewesen ist. Er hat unter der Woche schon mit ihnen darüber diskutiert und die beiden haben ihm recht gegeben, daß sie mehr auf qualitativ gute Arbeit achten müssen.

Auch der ältere Dreher, mit dem ich vor der Versammlung gesprochen habe, ergreift das Wort. Zuerst spricht er über die Pflege der Maschine, die ihm besonders am Herzen liegt. „Wem gehören denn diese Maschinen hier?“ Er macht eine Handbewegung, die die ganze Halle umfaßt. „Uns gehören sie, Genossen. Und uns sind sie auch anvertraut.“

Entsprechend sorgsam müssen wir auch mit ihnen umgehen. Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir jede Drehbank im Ausland kaufen mußten. Jetzt stellen wir sie selbst her, wie auch die meisten anderen Maschinen hier. Aber das heißt ja nicht, daß wir nun Raubbau mit ihnen treiben könnten. Je sorgfältiger wir sie behandeln, desto länger halten sie, und es können andere für unser Land notwendige Dinge produziert werden.“

Der Kollege erwähnt, daß manche jüngere Arbeiter in dieser Hinsicht manchmal etwas oberflächlich sind. Er bietet gerade ihnen seine Hilfe an. „Ich als Alter habe natürlich einige Erfahrungen. Wenn ihr etwas nicht wißt oder die Arbeit nicht so recht klappt, kommt zu mir. Vielleicht kann ich euch dann helfen.“

Eine Reihe solcher Probleme werden noch angesprochen. Da geht es etwa darum, daß des öfteren kleinere Werkzeuge verloren gegangen sind. Der Arbeiter, der darüber spricht, erinnert daran, daß angesichts der Blockade, die von den imperialistischen und revisionistischen Staaten um das sozialistische Albanien gelegt wird, so etwas eine sträfliche Vergeudung ist. Und er hat sich auch gleich überlegt, wie das Problem zu lösen ist. Für die kleineren Werkzeuge, so haben er und einige Kollegen beschlossen, wollen sie einen besonderen Werkzeugschrank bauen.

Ein anderer Arbeiter steht auf. Er beginnt seine Ausführungen damit, daß er auf die Notwendigkeit der Kritik hinweist. „Wenn wir unsere Schwächen nicht kritisieren, Genossen, werden wir sie auch nicht überwinden können. Deshalb ist es gut, wenn hier die

verschiedenen Probleme angesprochen werden. Der Plan ist in unserer Brigade und von jedem einzelnen gut erfüllt worden. Aber wir dürfen uns damit nicht zufrieden geben.“

Auch dieser Kollege spricht über die Blockade, ruft allen ins Gedächtnis, daß das kleine Albanien ausschließlich auf die eigenen Kräfte gestützt das große Werk des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft vollbringen muß. Und er spricht auch über das Ereignis, das mehr als alles andere in diesen Tagen die Menschen in Albanien bewegt: das große Erdbeben vom 15. April, das ganze Ortschaften im Norden des Landes zerstört hat.

Auch die Arbeiter des Enver-Werkes haben sich wie ihre Kollegen aus den anderen Betrieben längst in die große Front der tätigen Solidarität mit den Opfern des Erdbebens eingereiht. Spezialisten und andere Freiwillige sind in den Norden gegangen, um bei der Beseitigung der Schäden zu helfen und die zerstörten Orte, schöner als sie zuvor waren, wieder aufzubauen.

Aber das, so meint der Genosse, genügt nicht. Der Kampf gegen die Erdbebenshäden wird nicht nur dort geführt, sondern auch hier, in der Brigade, am Arbeitsplatz. „Unsere Arbeit, die Qualität der Arbeit, die Steigerung der Produktion, das ist eine konkrete Hilfe für die Brüder im Norden.“ Und in diesem Zusammenhang kritisiert er zwei Kollegen, die manchmal zu spät zur Arbeit gekommen sind.

In Albanien gibt es keine Stechuhren. Auch keinen Meister, der zu Schichtbeginn die Tür fest im Auge hat, um auch zu sehen, ob seine Leute auch pünktlich kommen. In Albanien, wo die Arbeiter für sich selbst und nicht dafür arbeiten, daß die Reichen immer reicher werden, in Albanien ist auch die Arbeitsdisziplin die Sache der Arbeiter selbst. Deshalb sind solche Probleme auch Gegenstand der allwöchentlichen Brigadeversammlung. Natürlich hat man mit den beiden Spätaufstehern auch vorher schon gesprochen, sie kritisiert. Und der Kollege, der das Problem zur Sprache gebracht hat, kann auch berichten, daß beide den Kollegen Besserung gelobt haben.

Auf einer Betriebsversamm-

Enver-Werk

Das Enver-Werk in Tirana ist das erste mechanische Werk, das nach der Befreiung in Albanien gebaut wurde. Im Jahr 1948 wurde hier mit 36 Arbeitern die Produktion von Auto-Ersatzteilen begonnen. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde das Werk auf Beschluß des ZK der Partei der

Arbeit Albanien mit dem Traktori-Werk und einem anderen neugeschaffenen Betrieb zusammengelegt. Das gesamte Werk trägt heute den Namen „Fahrzeug-Traktorenkombinat Enver Hoxha“. Sein Direktor ist einer der Arbeiter der ersten Stunde, die das Enver-Werk aufgebaut haben.

lung in einem albanischen Werk wird aber auch über Dinge gesprochen, von denen man meinen sollte, daß sie mit den Angelegenheiten der Fabrik nichts zu tun hätten. So meldete sich an diesem Sonntagnachmittag im Enver-Werk die Fräserin Eva zu Wort und erzählte über die Schule. Sie berichtete von jungen Müttern, die trotz der Belastung durch die Kinder mit großem Eifer regelmäßig am Unterricht teilnehmen würden. Und auf der anderen Seite gäbe es manchen jungen Burschen, der schon mal eine Unterrichtsstunde schwänzen würde. Auch der Bericht dieser Genossin wird mit großem Interesse aufgenommen und man merkt, daß er die Arbeiter hier direkt betrifft. Und tatsächlich — die Schülerinnen und Schüler, von denen hier die Rede ist, sind allesamt Mitglieder der Brigade.

So stoße ich auf eine weitere bemerkenswerte Erscheinung im heutigen Albanien. Arbeiter, die gleichzeitig die Schulbank drücken, die sich weiter qualifizieren und neben der Berufstätigkeit den Abschluß der höheren — 12jährigen — Schule erwerben, sie sind in Albanien keine Sonderfälle. Manchmal scheint es sogar, als sei das schon die Regel geworden, so mächtig ist die Bewegung zur weiteren Ausbildung der Arbeiter. Aber lassen wir die Genossin Eva sprechen. „Die wissenschaftlich-technische Revolution ist nicht die Sache einiger Spezialisten, sondern die Sache aller Werktätigen. Unser Land braucht geschulte, qualifizierte Arbeiter. Wir sind die Herren der Produktion und wir müssen es auch verstehen, sie zu meistern und voranzustreiben.“ So ungefähr waren ihre Worte auf der Brigadeversammlung im Enver-Werk. Und sie appellierte an alle, diese Angelegenheit auch ernst zu nehmen.

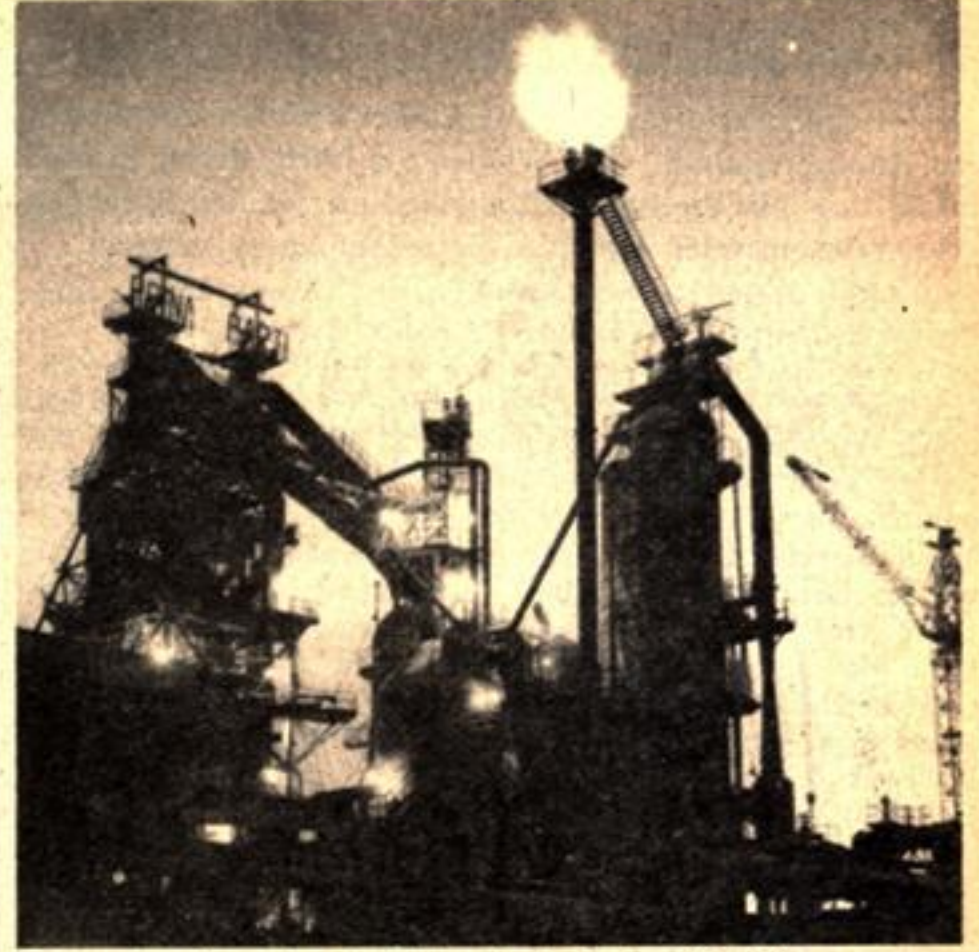
So vielfältig die Probleme auch waren, die auf der Sitzung

angesprochen wurden, zum Schluß kamen die Arbeiter doch noch einmal auf die Sache mit den Zeichnungen zurück. Es wurden andere Beispiele angeführt für Schwierigkeiten, die es damit gegeben hatte. Und wenn die Arbeiter von den Werkstücken sprachen, die sie gefertigt hatten oder die sie gerade bearbeiteten, dann hatte ich stets den Eindruck, als sprächen sie nicht von einem toten metallenen Gegenstand, sondern von einer lebendigen Sache. Denn sie stellten „ihr“ Werkstück in den Zusammenhang des pulsierenden Wirtschaftsgefüges des Landes. Sie verfolgten dieses Stück gleichsam bis an seinen Bestimmungsort und sahen es in Aktion beim Aufbau weiterer Industriewerke, bei der Schaffung neuer Reichtümer und der Vermehrung des Wohlstands für die Menschen in Albanien. Da war etwa von Ersatzteilen für den Perlini die Rede, deren Produktion eine dringliche Sache wäre. Dringend deshalb, weil die Perlinis, große Baufahrzeuge italienischer Fabrikation, gegenwärtig eingesetzt sind, um unermüdlich den großen Staudamm bei Fierza aufzuschütten, wo das gewaltige Wasserkraftwerk „Licht der Partei“ kurz vor seiner Vollendung steht. Jeder Albaner kennt die Bedeutung dieses Werkes für die weitere Sicherung und Erweiterung der Energiebasis des Landes. Und die Dreher und Fräser im Enver-Werk sind sich bewußt, daß ihre Arbeit auch daran ihren Anteil hat.

Die Kollegen der Brigade haben ihre Meinung gesagt, ihre Ansichten und Kritiken vorgetragen. Jetzt ist die Reihe an den Kollegen Ingenieuren. Der Genosse Niko, der Technologe der Abteilung, faßt noch einmal die Kritik zusammen und gibt den Arbeitern darin recht. Er weist auf einige Schwierigkeiten hin, die durch die Fülle der Aufgaben in der letzten Zeit entstanden sind. Aber das will er selbst nicht als Entschuldigung für mangelhafte Arbeit gelten lassen.

Auch der Genosse Chefingenieur meint das so. Es tut ihm leid, sagt er, daß die Arbeiter wegen der Fehler der Planungsabteilung solche Probleme gehabt haben. Er wird die Kollegen dieser Abteilung zusammenrufen und ihnen über die Kritik an ihrer Arbeit berichten. Sicher werden sie auch verstehen, daß sie mit noch mehr Sorgfalt an die Arbeit herangehen müssen. Und er wird ihnen auch vorschlagen, öfter hierher zu den Werkzeugmachern zu kommen, damit auftretende Schwierigkeiten sofort besprochen werden können.

Der Genosse Abteilungsleiter sagt noch ein paar abschließende Worte. Damit ist die Brigadeversammlung beendet. Einige Arbeiter stehen noch in kleinen Gruppen beisammen und diskutieren noch den einen oder anderen Punkt. Andere stellen die Holzbänke beiseite. Und als ich die Halle verlasse, ist der Raum schon wieder erfüllt vom Summen der Elektromotoren und vom gleichmäßigen Geräusch des Stahls, der sich in ein Werkstück frißt.



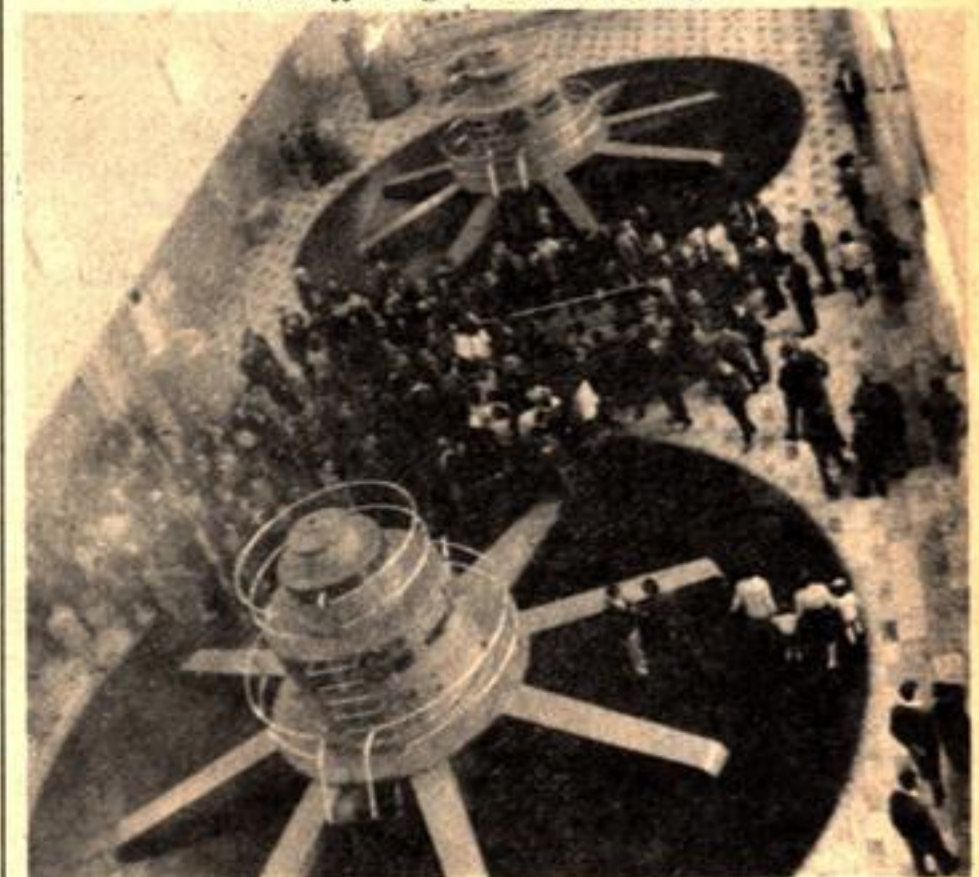
Metallurgisches Kombinat „Stahl der Partei“ in Elbasan



Im Dinamo-Werk in Tirana



Stickstoff-Düngemittelwerk in Fierza



Turbinenraum im Wasserkraftwerk „Licht der Partei“ bei Fierza



Terrassierte Berge bei Lukovë im Bezirk Saranda



Brigadenversammlung im Enver-Werk.

EAP Geheimdienstschöpfung aus den USA

„Diese ausgezeichnete Kernanlage hier in Biblis ist ein Symbol für die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik. (...) Wählen Sie mich, damit Europa viele solcher Kernkraftwerke erhält.“ — Mit diesen und ähnlichen provokanten Sprüchen trat eine sogenannte Europäische Arbeiterpartei (EAP) im Euro-Wahlkampf hervor.

EAP — das ist eine Gruppe von Provokateuren. Provokation — das ist die „Politik“ dieser Gruppierung, die sich revolutionär gibt und seit einigen Jahren auch in der Bundesrepublik ihr Unwesen treibt. Vielen Arbeitern, auch vielen unserer Genossen, sind diese Leute bereits übel aufgestoßen. Denn die Flugblattverteiler der EAP beschimpfen vor Werks-toren und Arbeitsämtern die Kollegen als Spinner, Idioten, Dummköpfe; sie suchen allein schon durch ihr Auftreten Verwirrung zu stiften und Antipathien gegenüber Revolutionären zu schaffen.

Denselben Zweck verfolgen sie mit ihren abstrusen Theorien, die sie in Flugblättern, Stellschildern, Plakaten und — wie jüngst während des EG-Wahlkampfes — über die Massenmedien verbreiten. Jetzt, da die Bewegung gegen die Kernenergiepolitik immer stärker wird, nehmen sie vor allem für die Kernenergie Stellung. Jetzt, da die Katastrophe von Harrisburg vielen Menschen die Augen geöffnet hat, bezeichnen sie Harrisburg als „Schwindel“, als „Täuschung“. Sie, die sich „Arbeiterpartei“ nennen, finden

lobende Worte für einen Schmidt, einen Giscard.

Die EAP in Westdeutschland ist Teil einer internationalen Agentenorganisation, die ihre Hauptkraft in den USA hat, wo sie als US Labor Party auftritt. In Westeuropa ist diese Agentenorganisation in Westdeutschland am stärksten; ihr westdeutsches Hauptquartier befindet sich in Wiesbaden. Bereits 1975 waren in diesem Hauptquartier 60 hauptberufliche Mitarbeiter beschäftigt; dies bei einer Gesamtmitgliederzahl von rund 250, einer Zahl, die bis heute konstant ist. Damit dürften auf je fünf bis sechs EAP-Mitglieder in Westdeutschland je ein Profi kommen. Diese Tatsache erhellt den Charakter der EAP als Agentenorganisation.

Nach eigenen Angaben verbrachte die US Labor Party, zu der ihre westdeutsche Filiale EAP sogar eine Fernschreibverbindung unterhält, 1975 bereits über eine Million Mark im Jahr. Die wirkliche Zahl dürfte noch bedeutend höher liegen. Angesichts dieser Sachlage stellt sich natürlich die Frage der Geldquellen. Wie 1975 bekannt wurde, hat die US Labor Party von der Chase

Manhattan Bank in New York einen Kredit von über 548 000 Dollar erhalten, obwohl sie nur Sicherheiten im Wert von knapp 16 000 Dollar stellen konnte. — Wirklich großzügig, wie die Chase Manhattan Bank einer angeblich revolutionären Organisation unter die Arme greift!

Der „Spiegel“ schrieb vor kurzem über die Finanzierung der EAP: „Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Walthemut maßt, daß der US-Geheimdienst CIA seine Hand im Spiel habe. Nach einem vertraulichen Papier des Bonner Innenministeriums wird das Budget, das schon im EAP-Gründungsjahr 1974 rund 800 000 Mark erreichte, vermutlich zum größten Teil durch Zahlungen aus den USA finanziert.“

Der Agentencharakter der EAP wurde auch durch andere Vorkommnisse klar. 1975 traten diese Provokateure gegen unsere Partei mit Hetzflugblättern auf; in ihrer Zeitung „Neue Solidarität“ wurden Genossen namentlich und mit Adressen denunziert. In den USA verbindet die US Labor Party ihre Hetzflugblätter fast regelmäßig mit dem

Aufruf, Marxisten-Leninisten der Polizei oder den Betriebs- und andere Revolutionäre bei leitungen zu denunzieren.



EAP-Vorsitzende Helga Zepp-Larouche in bezeichnender Pose

Watergate in Kaufbeuren

In der Nacht zum vorletzten Freitag wurde in Kaufbeuren ein Mann bei dem Versuch ertappt, in die örtliche Geschäftsstelle der CSU einzudringen. Mit normalem Einbrecherwerkzeug ausgerüstet, hatte er bereits das Zylinderschloß der Tür aufgebrochen. Bei dem Einbrecher handelte es sich, wie sich herausstellte, um einen Beamten des Kommissariats für Staatsschutz in Kempten.

Auch auf Anfragen gab die Polizei nicht bekannt, an welchem Fall der ertappte Staatsschützer gerade „arbeitete“. Sie bestritt, daß der Einbruch mit Wissen oder gar im Auftrag der entsprechenden Dienststelle geschehen sei. Was

aber hat der Mann in dem CSU-Büro gesucht? — In dem Raum wurden weder schriftliche Unterlagen noch Geld aufbewahrt.

Mittlerweile ist der Beamte wieder auf freien Fuß gesetzt worden; es bestünde keine Verdunkelungsgefahr, hieß es. Tatsächlich gibt es in dem Fall nicht noch mehr zu verdunkeln. Denn nach eigenen Angaben tappt die Polizei schon „total im Dunkeln“. Und im Dunkeln untersucht sie nun, ob politische oder finanzielle Gründe für die Tat in Frage kämen oder ob eine geistige Störung vorliege.

Vielleicht war der Staatsschützer schon etwas angefault unter seiner Frisur?

getrieben, daß er von einem Gerüst in den Tod stürzte. Auch so ein tragischer Fall. Hatte doch der Kommissar diesen jungen Mann, der übrigens nur aufgrund einer Falschaussage ins Gefängnis kam, nur im Interesse der Wahrheitsfindung zu Tode gehetzt. Und man soll sich eben der Fahndung durch die Polizei nicht entziehen, auch wenn man noch so unschuldig ist. Das kann, wie man sieht, schlimme Folgen haben.

Die Bilanz von „Tatort“ Nr. 100 also: zwei von der bewaffneten Staatsmacht ins Jenseits gebrachte Menschen und eine Menge nützlicher Lehren für die Zuschauer. Vor allem eben die, daß unsere beamteten Todesschützen, von denen es ja schon einige Hundert gibt, grundständige Menschen und daß ihre Opfer selbst schuld sind. So erfüllt die Serie ihre wichtige Aufgabe bei der Erziehung im rechten Geist des Bonner Staates: Am Drehbuch des letzten Tatorts hat übrigens auch der Essener Fahndungsleiter Stock mitgearbeitet. Nicht der Fernseh-Oberfahnder — der echte!



Und vor dem Hintergrund dieser ergreifenden Wachtmeister-Tragödie konnten dann die „Tatort“-Macher genüsslich zeigen, wie ein Dutzend von den türkischen Protestlern die gerechte Strafe traf: Abschiebehaft und Ausweisung. Bleibt noch zu erwähnen, daß der Film auch für den zweiten Ausbrecher das passende Ende fand. Er wurde von Herrn Haferkamp bei der obligaten Verfolgungsjagd so in die Enge

und schlug sich in die Büsche. Der andere, ein Türke, nahm dagegen gehorsam die Hände hoch („Nix schießen, ich unschuldig“). Zur Belohnung streckte ihn der Wachtmeister mit einem sauberen Herzschock durch den Rücken nieder.

Wie gesagt, aus dem Leben gegriffen und höchst aktuell. Feierten doch gerade in diesen Wochen die Kollegen des Kommissars Haferkamp aus der Nachbarstadt Bochum auch ein makabres Jubiläum. Die echten Polizisten wohlgehemmt. Sie konnten jetzt das zehnte Opfer abhaken, das unter ihren Kugeln tot oder schwer verletzt auf der Strecke geblieben ist.

Auch die übrigen Tatumstände dieses „Tatorts“ hatten durchaus einen deutlichen Bezug zur Wirklichkeit. Da wurde von den Gefängnisbeamten emsig an der Vertuschung der wahren Umstände des Todesschusses gearbeitet. Da organisierten türkische Arbeiter Protestdemonstrationen und auf Flugblättern wurde der Schütze als Killer bezeichnet. So weit, so gut. Aber schließlich ist ja der „Tatort“ ein Hohelied auf die bundes-

deutsche Polizei, das nun schon seit Jahren nach immer der gleichen Melodie gesungen wird. Und die hatte sich auch bei der hundertsten Strophe nicht geändert.

Da mußte dann der Kommissar Haferkamp im Zuge seiner Ermittlungen erkennen, daß der Todesschütze ein ganz edler Mensch war. Einer, der sich auch noch die freien Wochenenden um die Ohren schlug, um „seinen“ Gefangenen zu helfen. Zudem konnte Haferkamps Spürsinn nicht verborgen bleiben, daß dieser arme Mensch auch noch kurzzeitig und wahrscheinlich schwerhörig war. So mußte dann der detektivisch geschulte Fernsehzuschauer schlußfolgern, daß der brave Wachtmeister wohl weder gesehen noch gehört hatte, daß der Türke sich stellen wollte. So wurde also aus dem Kriminalfall flugs ein tragischer Unglücksfall. Und ausgerechnet den makellosen, grundständigen deutschen Beamten hatte es getroffen. Wie doch das Leben so spielt! Unter diesen Umständen wurde dann auch das, was zuerst wie Vertuschung



Dienstag, 19. Juni, 19.00 Uhr, WDR III

Kompromiß mit dem Tod. Seveso und die Folgen. Ein Jahr nach der Giftkatastrophe von Seveso drehte dort ein britisches Fernsehteam den Film und stieß dabei auf haar-



sträubende Ignoranz und Fahrlässigkeit der Behörden. Das Unglück war von einem Werk des schweizerischen Chemie-giganten La Roche verursacht worden.

+ + +

Dienstag, 19. Juni, 16.00 Uhr, DDR-Fernsehen I

Das Tagebuch des Hanns Eisler. Der Komponist Eisler vertonte unter anderem viele Werke von Brecht.

+ + +

Dienstag, 19. Juni, 20.15 Uhr, Hessen-III

Der Korporal in der Schlinge. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1962. Regie: Jean Renoir.

+ + +

Mittwoch, 20. Juni, 21.55 Uhr, ARD

Das ist, wie wenn ein toter Vogel schreit. Vom Umweltgift Lärm. Film von Fritz Kremser.

+ + +

Donnerstag, 21. Juni, 22.05 Uhr, ZDF

Heiße Kartoffeln. Politisches Volksstück der Theaterwerk Brandheide, Zürich. — Bauer Pankow soll um seinen Acker gebracht werden. Man gaukelt ihm vor, das Land werde dringend für den Bau einer „industriellen Entsorgungsanlage in Parkform“ benötigt. Doch der Bauer durchschaut das Spiel und lehnt ab.

+ + +

Freitag, 22. Juni, 21.15 Uhr, Nord III

Wiedersehen mit Vietnam. Kriegsberichterstatter auf den Schlachtfeldern von gestern.

Kritik

„Tatort“: Der Mörder als Menschenfreund

Zum hundertsten Mal flimmerte am vorletzten Sonntag die Krimiserie „Tatort“ über die Bildschirme. Zur Aufklärung des Jubiläumsfalls hatte die ARD den Fernseh-Kommissar Haferkamp aus Essen bemüht, den, der es so gut versteht, einen sozial engagierten und von Skrupeln geplagten Polizisten zu mimen.

Und der Jubiläumsfall war dann auch so richtig aus dem Leben gegriffen. Ein Gefängnis-Wachtmeister hatte zwei Ausbrecher gestellt und mit der Waffe in der Hand zum Stehenbleiben aufgefordert. Der eine reagierte nicht auf den Zuruf

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich

☐ halbjährlich

DM 60,—

DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

ROTER MORGEN

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchstube, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

3000 HANNOVER, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klar-Text“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

5000 KÖLN 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 12.00-13.00 Uhr

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Rutenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr